Christoph Zöpel

Buchbesprechungen für die Rheinische Post

zwischen 2016 und 2021

KULTURRAUM PAPER No. 9
Herausgeber: Christoph Zöpel & Iris Bocian
November 2021

arbeitet an Projekten und Publikationen zur globalen, regionalen und urbanen Raum-Entwicklung mit ihren politischen und kulturellen Implikationen.

Bisher wurden die Publikationen Fritz Halstenbergs digital ediert http://www.digitales-archiv-friedrich-halstenberg.de/ und die Konferenz *Ökologische Herausforderungen in den Bergbauregionen Oberschlesien und Ruhr* in Katowice, Oberschlesien durchgeführt.

Die Kulturraum Paper sind in loser Folge Schriften der Herausgeber und anderer Autoren zum oben genannten Arbeitsbereich.

Vorwort der Herausgeber

Seit über fünf Jahren hat Christoph Zöpel die Gelegenheit, mehrmals im Jahr Buchbesprechungen zu schreiben, die in der Rheinischen Post veröffentlicht werden. Hier sind sie chronologisch widergegeben. So ist ein Überblick entstanden, wie er Entwicklungen in der Welt sieht und bewertet, die von beachtenswerten Autoren wahrgenommen und beurteilt werden. Manchmal ist seine Sicht dazu kritisch.

Es finden sich Bezüge zu philosophischen Grundlagen, die kosmopolitisches Denken betreffen, Perspektiven der Weltpolitik und die Rolle des „Westens“ dabei, ihr Niederschlag in Osteuropa wie im Mittleren Osten – Regionen, die sein besonders Interesse finden. Seine Lektüre steht im Zusammenhang mit einer geplanten Publikationen zur Weltgesellschaft, der im kommenden Jahr eine Darstellung der Weltwissensgesellschaft folgen wird, die auf diesem Wege angekündigt wird. Iris Bocian begleitetet diese Arbeiten kontinuierlich.

Christoph Zöpel & Iris Bocian November 2021

Buchbesprechungen für die Rheinische Post zwischen 2016 und 2021

von Christoph Zöpel

INHALT

Die smarten Diktatoren der Internet-Welt ..... S. 1
Buchbesprechung zu: Welzer, Harald, Die smarte Diktatur: Der Angriff auf unsere Freiheit, 2016

Putins Weltanschauung ..... S. 2
Buchbesprechung zu: Eltchaninoff, Michel, In Putins Kopf. Die Philosophie eines lupenreinen Demokraten, 2016

Geschichte des neoliberalen Europa ..... S. 3
Buchbesprechung zu: Ther, Philip, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, 2016

Abschied von der Zwei-Staaten-Lösung ..... S. 4
Buchbesprechung zu: Hajjaj, Aref, Land ohne Hoffnung? Arabischer Nationalismus, politischer Islam und die Zukunft Palästinas, 2017

Die globale Allgegenwärtigkeit des Kriegs ..... S. 6
Buchbesprechung zu: Korf, Benedikt / Schetter, Conrad, Geographien der Gewalt, 2017

Der Verfall Jugoslawiens lag auch an Tito ..... S. 7
Buchbesprechung zu: Pirjevec, Joze, Tito, 2017

Eine andere Geschichte Syriens ..... S. 9
Buchbesprechung zu: Lüders, Michael, Die den Sturm ernten, Wie der Westen Syrien ins Chaos stürzte, 2017

Der zornige Blick auf den Westen ..... S. 10
Buchbesprechung zu: Mishra, Pankaj, Dass Zeitalter des Zorns. Eine Geschichte der Gegenwart, 2017

Ein Schweizer Streiter für die UN ..... S. 11
Buchbesprechung zu: Ziegler, Jean, Der schmale Grat der Hoffnung. Meine gewonnenen und verlorenen Kämpfe und die, die wir gemeinsam gewinnen werden, 2017

Die Zerbrechlichkeit des Westens ..... S. 13
Buchbesprechung zu: Winkler, Heinrich August, Zerbricht der Westen?, 2017

Populismus aus osteuropäischer Sicht S. 14
Buchbesprechung zu: Krastev, Ivan, Europadämmerung, 2017

Wie die Deutschen sich sehen S. 16
Buchbesprechung zu: Allmendinger, Jutta, Das Land in dem wir leben wollen. Wie die Deutschen sich ihre Zukunft vorstellen, 2018

Der volle Planet S. 17
Buchbesprechung zu: Von Weizsäcker, Ernst Ulrich / Wijkman, Anders, Wir sind dran. Was wir ändern müssen, wenn wir bleiben wollen. Eine neue Aufklärung für eine volle Welt, 2018

Linkspopuläre als neue Kraft S. 19
Buchbesprechung zu: Nölke, Andreas, Linkspopulär. Vorwärts handeln statt rückwärts denken, 2018

Extremes Zeitalter der Philosophie S. 20
Buchbesprechung zu: Geier, Manfred, Wittgenstein und Heidegger. Die letzten Philosophen, 2018

Politik in der neuen Unordnung S. 22
Buchbesprechung zu: Masala, Carlo, Weltunordnung. Die globalen Krisen und das Versagen des Westens, 2018

Die Alternativen zum Westen S. 23
Buchbesprechung zu: Weidner, Stefan, Jenseits des Westens. Für ein neues kosmopolitisches Denken, 2018

Integration: Streitkultur ist Leitkultur S. 24
Buchbesprechung zu: Lüders, Michael, Armageddon im Orient. Wie die Saudi-Connection den Iran ins Visier nimmt, 2018

Die westlichen Diplomaten vertrauen zu sehr den USA S. 26
Buchbesprechung zu: Gabriel, Sigmar, Zeitenwende in der Weltpolitik, Freiburg im Breisgau 2018 (Herder) und Ischinger, Wolfgang, Welt in Gefahr, 2018

Abschied von der Weltgesellschaft S. 28
Buchbesprechung zu: Nussbaum, Martha, Kosmopolitismus. Revision eines Ideals, 2020

Das neue Zeitalter des Menschen S. 30
Buchbesprechung zu: Bajohr, Hannes, Der Anthropos im Anthropozän und Crutzen, Paul J., Das Anthropozän, 2020

Menschen als moderne Nomaden S. 31
Buchbesprechung zu: Khanna, Parag, Move. Das Zeitalter der Migration, 2021

Die smarten Diktatoren der Internet-Welt

Buchbesprechung zu: Welzer, Harald, Die smarte Diktatur: Der Angriff auf unsere Freiheit, Berlin: S. FISCHER 2016, Rheinische Post August 2016

Harald Welzer zeichnet radikal Gefährdungen der Freiheit durch digitale Technologien. Allerdings betreffen diese Gefährdungen zuerst „uns", also Menschen in besser entwickelten Gesellschaften, die mit der größten zivilisatorischen Errungenschaft, einer „Lebenssicherheit, die Freiheit ermöglicht", leben, das ist möglich bei globaler Benachteiligung anderer Regionen. Darauf hat Welzer schon in seinen Veröffentlichungen zur globalen Klimaentwicklung verwiesen, erarbeitet vor allem am Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen. Diese globale Ungleichheit wird mit der Digitalisierung verstärkt – die digitale Infrastruktur ist nur möglich durch Rohstoffe aus Afrika und Asien: „Ein Smartphon", dessen Preis „auf Arbeitsbedingungen westeuropäischen Standards und vermiedenen bzw. kompensierten Umweltschäden" beruhte, würde „zwischen 2.000 und 3.000 Euro kosten".

Digitalisierung gefährdet Freiheit durch Erzeugung von informationeller Macht über Menschen. Dies geschieht durch die Verbindung von Konsum und Überwachung, bzw. Steuerung. Mit Käufen oder Informationssuche werden Daten generiert, gesammelt und dazu verwendet, ein individuelles Profil der Käufer bzw. Sucher zu erstellen. So können dem Nachfrager personalisierte Angebote gemacht werden, er bewegt sich in einem auf ihn zugeschnittenen Raum. Weiter führt Digitalisierung zur Zerstörung sozialer Beziehungen, lebendige werden zunehmend durch mediale ersetzt. So wird der „personalisierte" Mensch mehr und mehr isoliert. Das vollzieht sich „innerhalb des nach außen stabil aussehenden Systems" besser entwickelter Gesellschaften, die Freiheit gefährdenden Veränderungen werden nicht unmittelbar wahrgenommen wie auch nicht die „Auflösung der Demokratie im Rahmen der Demokratie." Für Welzer wollen das die Protagonisten der Digitalisierung unverblümt. Er zitiert den früheren Google-CEO Eric Schmidt, der an Stelle gewaltenteiliger Demokratie eine Welt totaler wechselseitiger Kontrolle will, in der keine Institution den Einzelnen schützt. Er zitiert Peter Thiel, der weltweite Monopole propagiert, wie sie Google schon erreicht hat. Welzers Resümee: diese und andere „halten nicht nur den Staat, sondern Politik überhaupt für etwas Hinderliches bei der Durchsetzung ihrer Vorstellungen von einer besseren Welt (…) des Internet und Plattformkapitalismus."

Welzers Ziel ist es zu zeigen, wie gegen diese Entwicklung Widerstand möglich ist – als Sache engagierter Einzelner mit pfiffigem Engagement. Die Schwierigkeiten liegen in „unserem" Ausruhen auf der größten zivilisatorischen Errungenschaft, die „uns" zu den „privilegiertesten Menschen, die je gelebt haben", gemacht hat, der „Lebenssicherheit, die Freiheit ermöglicht". Diese Freiheit ist die Abwesenheit von Zwang. Paradoxerweise bedarf es dazu zahlreicher Institutionen, die sicherstellen, dass niemand Zwang auf jemand anderen ausüben darf, ohne dafür legitimiert zu sein. „Parlamente, Gerichte, (…) bürgerliche Rechte und Pflichten, Polizei, Militär,

Ordnungsämter usw. sind Institutionen, die in rechtsstaatlichen Demokratien, Freiheit ermöglichen und sicherstellen.“ Diese institutionellen Verfahren und Regeln sollen so bleiben wie sie sind, nur dann ist Widerstand engagierter Einzelner möglich. Er ist wie „lokale Formen der Beteiligung“ in die Strukturen repräsentativer Demokratie zu integrieren – 2016 die Feststellung eines kritischen Sozialwissenschaftlers von großer politischer Relevanz.

Putins Weltanschauung

Buchbesprechung zu: Eltchaninoff, Michel, In Putins Kopf. Die Philosophie eines lupenreinen Demokraten, Stuttgart: Tropen Verlag 2016, Rheinische Post Oktober 2016

Über Putin wird viel geschrieben, auch in zahlreichen Büchern. Michel Eltchaninoff, Chefredakteur des französischen „Philosophie Magazins“, sucht nach den weltanschaulichen Bezügen seines Denkens, belegt vor allem aus seinen Reden. Er ist für diese Suche ausgewiesen, er hat über Dostojewski promoviert. Auch Dostojewski gehört zu den Denkern, auf die sich Putin bezieht, und das mit unterschiedlichem Tenor. Eltchaninoff zeigt, dass dies der Weite Dostojewskis Werk entspricht. „Er ist Nationalist, Panslawist und intolerant gegenüber anderen Konfessionen und Religionen, und zugleich ist er Universalist (…) und aus tiefster Überzeugung Europäer.“

Mit diesem Blick lässt Eltchaninoff seine prognostischen Urteile über Putin etwas offen. Er konstatiert zwei weitanschauliche Grundtendenzen: die Idee des Imperiums und die Apologie des Krieges, aber er sagt: „In Wahrheit weiß niemand, wie Putin sein Imperium entwickeln wird, und niemand weiß, wo wann, und wie er dabei vorgeht. (…) Je nach dem, was die Situation verlangt, wird er taktisch“ handeln, „sich einmal mehr auf diese, einmal mehr auf jenen Idee stützen. Doch das Imperium und der Krieg werden gewiss weiter die Grundlagen seines Handelns sein.“

An dieser Stelle ist es erforderlich, Putin globalpolitisch zu relativieren. Der scheidende US-amerikanische Präsident Obama hat den Satz geprägt, „Nur weil wir den besten Hammer haben, ist nicht jedes Problem ein Nagel.“ Die imperiale Vorstellung, von der er sich damit distanziert, könnte durchaus der Putins entsprechen. Das verweist auf universalistische Allgemeinheiten, die in geopolitischen Auseinandersetzungen gebraucht werden können. Für Putins Handeln zeigt Eltchaninoff, dass es von der Politik der USA Russland gegenüber seit der Kosovo Krise 1999 beeinflusst ist. 16 Jahre danach ist die russische Beteiligung am Krieg in Syrien eine Antwort. Dazwischen liegt die Entwicklung von Putins Handeln und Doktrin ausgehend von einem sowjetischen Erbe über einen nur vorgetäuschtem Liberalismus zu einer konservativen Vision, bestehend aus einer Theorie des Russischen Weges und einem eurasischen imperialen Traum.

Putin hat „ein Projekt für Europa und für die Welt“, mit zwei Teilen. Der erste nennt sich „Russische Welt“, der zweite zielt darauf ab „die Führung der konservativen Bewegung in Europa zu übernehmen.“ Der erste konkretisiert sich im Schutz russischer Menschen außerhalb Russlands,

kriegerisch in der Ukraine, der andere im Kampf gegen Homosexualität, Atheismus, Kosmopolitismus, Internet, künstlerische Expressionen, die Unordnung signalisieren.

Eltchaninoff erklärt vieles an der Politik Putins, was menschenrechtlichem Freiheitsdenken zuwider sein muss. Dennoch sollte das nicht zu fehlender Reflexion über die Politik westeuropäischer Staaten gegenüber Russland herangezogen werden. Schon der deutsche Untertitel des Buches „Die Philosophie eines lupenreinen Demokraten“ wird durch den Inhalt des Buches nicht gedeckt. Es ist notwendig zu verurteilen und auch zu sanktionieren, wenn Putin den Abschuss eines niederländischen Passagierflugzeugs über der Ukraine nicht aufzuklären bereit ist. Aber auch dabei muss der Einsicht Gerhard Schröders gefolgt werden, dass es ohne eine Zusammenarbeit mit Russland keine Sicherheit und Stabilität in Europa geben wird. Für Zusammenarbeit und für menschenrechtlich fundierte Kritik liefert das Buch differenzierte Argumente.

Geschichte des neoliberalen Europa

Buchbesprechung zu: Ther, Philip, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Aktualisierte Ausgabe, Berlin: Suhrkamp 2016, Rheinische Post v. 26.11.2016, S. B7

Die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung in Osteuropa wie in Südeuropa wird zunehmend als krisenhaft wahrgenommen; das spitzt sich zu in den Schlagworten „Populismus“ wie „oligarchische“ Korruption. Der Historiker Philip Ther gibt dazu fundierte Erklärungen, faktenreich, in thematischer Breite, quellenreich. Ausgang ist die Gleichzeitigkeit der Transformation in Osteuropa mit der Postulierung neoliberaler Wirtschaftspolitik im Washington Consensus. Die ideologischen Fixpunkte des Neoliberalismus, Primat der Ökonomie und grundsätzliche Kritik am Staat, trafen sich mit dem Widerstand gegen den kommunistischen Staat in Osteuropa. So wurden dort „Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung“ ökonomische Handlungsmaximen. Ther lässt die Transformation nicht 1989 beginnen, sondern schon in den 1970er und 80er Jahren. Dabei ging es primär um den Übergang zur Demokratie, fundiert durch einen „umfassenden, ethisch fundierten Freiheitsbegriff“, nicht um den ökonomisch reduzierten der 1990er Jahre. Den Freiheitsdiskurs wiederzubeleben, hält Ther für erforderlich.

1989 aber begannen zwei Wellen des Neoliberalismus. In der ersten wurden dessen ökonomische Maximen – partiell autoritär wie durch Jelzin – durchgesetzt. Diese waren verbunden mit steigender Armut und Ungleichheit sowie mit Privatisierungen, die zur Voraussetzung korruptiver Entwicklungen wurden. Sie kulminierten im „oligarchischen Kapitalismus“, Folge der Privatisierung staatlichen Eigentums durch private Banken, deren Eigentümer es erwarben. Die dabei erzielten Profite legten sie nicht in Russland, sondern im Ausland an. Das entsprach durchaus neoliberaler Geldanlage, nicht primär russischer Mentalität, betont Ther.

Die zweite brachte wirtschaftliche Belebung durch Direct Foreign Investments. Dabei halfen steuerliche Begünstigungen wie die Flat Tax. So aber entstand Nährboden für den Populismus. Er agierte nur auf nationaler Ebene, nahm keine Rücksicht auf die internationalen Investoren und versprach Schutz der sozialen Interessen wie der nationalen Werte. Oligarchen wie Direct Foreign Investments verdecken allerdings den Blick auf individuelle Erfolge, durch Nutzung des Humankapitals der Osteuropäischen Staaten, durch einerseits hunderttausende privater Unternehmensgründungen, andererseits Migration Hunderttausender nach Westeuropa. Dorthin griff neoliberale Wirtschaftspolitik mit der Begrenzung von Sozialstaatlichkeit über, die Reformen Schröders werden dafür als Beispiel hervorgehoben. Populismus in Westeuropa findet in der Vermischung beider Entwicklungen den Nährboden. Bei allem ergaben sich in Osteuropa gravierende sozialökonomische Unterschiede zwischen und innerhalb der Staaten. Ther zeigt das in einer Analyse der Entwicklung von Metropolen, das geht aufschlussreich über rein makroökonomische Darstellungen hinaus.

2008 folgte die globale neoliberale Finanzkrise. Sie betraf Osteuropa, hier die Mittelschichten durch die Verteuerung von Fremdwährungskrediten, wie Südeuropa, hier die Staaten, deren hohe Verschuldung von Spekulanten angegriffen wurde. Beides sind Krisenprobleme der EU, allerdings vielfältig unterschiedlich. In Osteuropa sind eher Ältere, in Südeuropa Jüngere betroffen. In Osteuropa hatte die EU durch ihr Fonds eher „anti-neoliberal“ gewirkt und tat es weiter, in Südeuropa beschränkte sie sich auf neoliberale Austeritätspolitik. Populismus findet so weiter Nährboden, Hilflosigkeit der politischen Systeme empfindend gegen das Diktat von Investoren, Spekulanten und EU, zusammenwirkend mit dem IWF.

Ther zieht aus seiner fundierten kritischen Analyse fundiert Konsequenzen: „Der Neoliberalismus ist auf einen regulierenden Staat angewiesen. Essentiell ist eine Stärkung des Humankapitals durch Investitionen in benachteiligte Schichten und Regionen. Kann das in der EU geleistet werden?“

Abschied von der Zwei-Staaten-Lösung

Buchbesprechung zu: Hajjaj, Aref, Land ohne Hoffnung? Arabischer Nationalismus, politischer Islam und die Zukunft Palästinas, Paderborn: Ferdinand Schöningh 2017, Rheinische Post Januar 2017

Informationen zum gewaltträchtigen Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern gibt es in Deutschland vielfältig, beeinflusst von der Hypothek des Holocaust, von Anschlägen palästinensischer Terrorristen, von Kriegen Israels. Politische Bewertungen neigen resignativ zur Aussichtlosigkeit einer Konfliktlösung. Zu einem abwägenden Verständnis können Darstellungen des Konflikts durch Israelis und Palästinensern führen. Israelische Publikationen sind dabei deutlich in der Mehrzahl. Umso nützlicher ist so das Buch „Land ohne Hoffnung?“ des Palästi-

nensers Aref Hajjaj, fokussiert auf arabischen Nationalismus und politischen Islam. Deren historische Analyse betrifft Europa zentral: „Die Wurzeln des Nahostkonflikts sind (…) nicht im Nahen Osten, sondern einzig in Europa zu suchen.“ Das kontrastiert europäische politische Resignation bezüglich der „Unlösbarkeit des israelisch-palästinensischen Konflikts“. Nach Hajjaj lässt sich diese These objektiv nicht verifizieren. „Der Konflikt ist lösbar.“

Die Sicht Hajjajs ist von seiner Biographie mitbestimmt. 1948 aus Palästina vertrieben, studierte er in Deutschland und war als Dolmetscher im Auswärtigen Amt tätig. So sind ihm die Geschichte deutschen politischen Denkens wie die Nahostpolitik vertieft bekannt. Er nutzt sie, um arabisches politisches Denken seit Ende des 19. Jahrhunderts darzustellen. Es wurzelt in negativen Beweggründen, im Empörungspotential über Rückständigkeit und Zersplitterung der arabisch-islamischen Länder und im Hass auf äußere Feinde, die europäischen Kolonialmächte. Die politischen Antworten verbanden religiös-islamische mit nationalen Zielen. Arabischer Nationalismus fand dabei seinen Bezug im deutschen Nationalismus, exemplarisch formuliert durch J. G. Fichte. Auch bei ihm war er geprägt durch Widerstand gegen den äußeren Feind, Frankreich, postuliert wegen staatlicher Zersplitterung. Beide Nationalismen sind auf Gemeinsamkeit von Sprache, Ursprung, Geschichte, Kultur und Bildung orientiert.

Negative Beweggründe ließen auch den Zionismus entstehen, in Europa, wegen Diskriminierung und Progromen gegen die Juden. Und auch der Zionismus war eine religiöse wie nationalistische Antwort. Arabischer Nationalismus wie Zionismus wurden Realität mit der Gründung des Staates Israel wie in der Politik arabischer Staaten, allen voran des bevölkerungsreichsten, Ägypten. Dabei manifestierte sich arabischer Nationalismus einzelstaatlich wie panarabisch. Der israelisch-palästinensische Konflikt war für beides ausschlaggebend. Einerseits begründete die Unterstützung für die Palästinenser den Panarabismus Nassers. Anderseits entstand eine palästinensische Nation, in der Diaspora durch Gründung der Fatah 1958 in Kuweit, der PLO 1964 durch Ägypten. Konzeptionell wie völkerrechtlich gewann die nationale Dimension arabischen wie zionistischen Denkens gegenüber der religiösen an Gewicht – eine Zwei-Staaten- Lösung war die international formulierte Folge. In Oslo 1993 wurde den Palästinensern ein Staat versprochen, seine Verwirklichung konfligiert mit der Vorstellung vom angestammten israelischen Land. Das Ausbleiben wirklicher palästinensischer Staatlichkeit erklärt den Aufstieg der Hamas, die die panislamistische, also religiöse Dimension des politischen arabischen Denkens instrumentalisiert.

In dieser Situation 2016 hält Hajjaj die Zwei-Staaten-Lösung zwar für die „grundsätzlich optimale“, aber für eine gescheiterte. Und so sieht er langfristig „keine Alternative zur Option eines gemeinsamen demokratischen Staates für Israelis und Palästinenser“. Wie sie gelingt, bleibt offen.

Darstellungen des Konflikts durch Palästinenser sind unterschiedlich. Deshalb sei auf ein Buch verwiesen, das bereits 2011 erschien, „Der Gesandte“ von Abdallah Frangi, durch Jahrzehnte

Repräsentant der PLO in Deutschland. Er hält an einem Palästinensischen Staat fest, geprägt von dem Leid, das der Konflikt Palästinensern durch Israel wie durch interne Auseinandersetzungen zugefügt hat. Zu Hajjaj meint er, dass er in Deutschland lebend nicht bei diesem Leiden dabei war.

Die globale Allgegenwärtigkeit des Kriegs

Buchbesprechung zu: Korf, Benedikt / Schetter, Conrad, Geographien der Gewalt, Stuttgart: Borntraeger 2015, Rheinische Post Februar 2017

„Geographien der Gewalt" ist ein wissenschaftlich anspruchsvoller Sammelband. Herausgeber sind Benedikt Korf, Professor für Politische Geographie in Zürich, und Conrad Schetter, Professor für Friedens und Konfliktforschung sowie Wissenschaftlicher Direktor des Internationalen Kon-versionszentrums Bonn (BICC). Leitfrage ist, in welchen Räumen weltweit zu Beginn des 21. Jh. organisierte Gewalt erfolgt. Vergangenheitsbezug sind Kriege zwischen Staaten, deren Raum ihre Territorien waren. Seit den 1970er Jahren hat sich die Auffassung von Raum verändert, als „Spatial Turn", weg von dieser Bindung an staatliche Territorien, hin zu Räumen, die aus mannigfaltigen Erwägungen konstruiert und auch Realität werden. Das ist zunächst wissenschaftliche Raumtheorie, wird aber kriegerische Praxis mit der Konstruktion neuer Ge-walträume, konkretisiert als „unregierbare Räume", die dann militärisch-operativer Gewalt-raum werden, apostrophiert als „Killing Boxes". Diese Gewalträume liegen zumeist an den globalen Peripherien, die von den Zentren aus, vor allem die USA und dazu Europa, bestimmt sind.

Damit wird die aktuelle Bedeutung des Buches für Europa deutlich. Sie beginnt mit der Perzeption, „Gewalt sei ein Restbestand archaischer (…) Praktiken, die es zu überwinden gelte". Diese Perzeption versperrt den Blick auf die Verknüpfungen zwischen Peripherien und Zentren und damit die Einbettung von " Randzonen" in globale Wirkungsgefüge. Alltäglicher Zusammenhang besteht zwischen Konsumgütern in Europa und Bodenschätzen in Bürgerkriegsgebieten, zumal in Afrika.

Das führt zur „Politischen Ökologie von Gewalt", sie analysiert, wie die Nutzung von Raum verbunden ist mit Ressourcenkonflikten. Dabei gibt es zwei unterschiedliche Begründungen: Gewalt wegen Mangels an Ressourcen oder Gewalt wegen Ressourcenvielfalt, apostrophiert als „Ressourcenfluch", indem kriegerische Gewalt zu einem ökonomischen Geschäft wird – Krieg als „Fortführung der Ökonomie mit anderen Mitteln".

Von den Gewalträumen an den Peripherien gehen zwei Wege der Betroffenheit aus. Zu dem schon angesprochenen in die Zentren kommt der aus ländlichen, damit dünner besiedelten Regionen, in dicht besiedelte Städte, am Beispiel Rio de Janeiros gezeigt. Unmittelbarer als alle Betroffenheit in Europa sind die Fragen des Überlebens der primär Betroffenen, ihr „Handeln im Kontext bewaffneter Konflikten".

Migrationen aus Staaten des Mittleren Ostens und aus Afrika haben die Betroffenheit Europas verändert, vom ökonomischen Nutzen zum sozialen Einbezug. Die Fallbeispiele des Buches beziehen sich überwiegend auf diese Weltregionen. Gewaltprobleme in Flüchtlingslagern zeigen sich in einem Palästinenserlager im Libanon, Gewaltprobleme in Afrika in Staatszerfall versus Staatsbildung in afrikanischen Bürgerkriege, Konflikten um Weideland in Äthiopien, Gewaltkontrolle ohne Staat in Somalia, Enklaven lokalen Friedens im Kongo.

Global verbunden sind regionale Gewalträume in einer „Allgegenwärtigkeit" des Krieges seit Beginn des „Kriegs gegen den Terror“ nach „9-11-2001“. Derek Gregorys Beitrag beschreibt so den global gewordenen Gewaltraum. „Allgegenwärtig“ heißt zunächst zeitlich „entgrenzt“, Gregorys verweist auf das mehrfache ausgezeichnete Buch Dexter Filkins „Forever War“ – ewiger Krieg. Räumlich „entgrenzt“ wurde militärische Gewalt mit der Anwendung von Drohnen, deren Einsatz im „US-amerikanischen Zentrum“ entschieden wird und deren tödliche Wirkung in Pakistan erfolgt. Das setzt sich in Cyberkriegen fort, bei denen sich die Grenzen zwischen militärischen und zivilen Ressourcen und Zielen verwischen, Geheimhaltung die Zurechnung von Verantwortung unmöglich macht. Gregorys Darstellung des Cyberspace allein ist erkenntnisbringend.

Das Buch ist aus der Arbeit des Bonner Konversionszentrums entstanden, eines der bedeutenden deutschen Friedensforschungsinstitute, 1994 auf Initiative des damaligen NRW-Ministerpräsidenten Rau gegründet. Die Herausgeber wünschen sich das Aufbrechen territorialen Denkens, um „raumsensibleres Wissen“ zu konkreten politische Interventionen in gewalt-offenen Räumen zu nutzen. Der Geographie der Gewalt könnte so eine Geographie des Friedens folgen. Und Gregory hofft: „Vielleicht kann ja eines Tages jemand über eine Welt ohne Krieg schreiben – und zwar jemand, der nicht aus Europa oder Nordamerika kommt.“

Der Verfall Jugoslawiens lag auch an Tito

Buchbesprechung zu: Pirjevec, Joze, Tito, München: Antje Kunstmann 2016, Rheinische Post Mai 2017

Der slowenische Historiker Joze Pirjevec, Jahrgang 1940, hat eine Biographie Titos geschrieben, ohne Anhang 586 Seiten stark. Laut Klappentext ist es das Ergebnis 30jähriger Forschungsarbeit, das ist erkennbar, macht das Buch aber für Leser, die nicht für Jahrzehnte jugoslawischer Zeitzeuge sein konnten, durch die aufgezeigte Personenvielfalt etwas verwirrend. Dabei bezieht es sich auf zahllose Quellen Tito beobachtender Persönlichkeiten. Bei den jugoslawischen spielen dabei Betroffenheitsemotionen hinein, insbesondere bei „westlichen“ Diplomaten ironisch-tagesaktuelle Besserwisserei. Unbeschadet dessen ist das Buch lesenswert – um die Rolle einer Persönlichkeit bei historischen Entwicklungen zu erfahren, für das Verständnis der staatsterroristischen Implikationen des von Stalin geprägten Kommunismus, für die Einsicht in die Gründe der Implosion Jugoslawiens.

Tito war 35 Jahre autoritärer Präsident Jugoslawiens, damit herrschte er vier Jahre länger als Stalin. Rücksichtslos gelangte er an die Spitze der Kommunistischen Partei, nutzte Personenkult als Machtinstrument wie ungehemmt seine Neigung zu Prunk und Luxus. Das aber setzte Charisma voraus. So leitet Pirjevec das Buch mit einführenden Worten zu „Titos Augen“ ein. Was zunächst boulevardmedial erscheint, wird nach Lektüre des Buches zur Erklärung des unerklärbar Bleibenden.

Titos Bruch mit Stalin 1948 hat auch mit diesem Selbstbezug Titos zu tun, getragen von der Tatsache, dass sein Land durch ihn, seine Partisanenarmee, vom Faschismus befreit wurde, nicht von der Roten Armee. Weltgeschichtlich bedeutsam bleibt dieser Bruch, weil er zeigt, dass Staaten ausreichender Größe sich aus der Dominanz der Weltmächte lösen können. Dass sie dazu nationalorientiert werden müssen, zeigt ein Dilemma, das nach Titos Tod für Jugoslawien zur Katastrophe führte. Er stritt für ein integriertes Jugoslawien, nur so waren es und er stark genug für eine unabhängige Rolle. Tito spielte sie als einer der Anführer der Blockfreiheit, dabei ständig in Furcht, die Sowjetunion könnte doch militärisch in Jugoslawien intervenieren, gleichzeitig die Politik der Westmächte als imperial interpretierend.

Der Bruch mit Stalin war nicht der Bruch mit dem sowjetisch geprägten Kommunismus. Die ihm immanente Vernichtungsstrategie gegen politische Gegner hatte Tito gegen kroatische Ustascha und serbische Tschetniks praktiziert, er praktizierte sie wieder gegen verbleibende Anhänger Stalins. Autoritär restriktive Unterdrückung waren dann auch die Gründe, die Titos sozialistische Alternative zu Sowjetkommunismus scheitern ließen. Der fast absolute Anspruch auf Führung durch die Kommunistische Partei – und damit ihres Vorsitzenden auf Lebenszeit Tito – beendeten alle Initiativen, in Jugoslawien Sozialismus mit „menschlichem Antlitz“ nachhaltig Wirklichkeit werden zu lassen.

Die Folgen waren zunächst ökonomischer Zusammenbruch und dann nationalistischer Krieg. Technologisch-ökonomische Entwicklungen erforderten ausgebildete Experten, die aber gefährdeten in den selbstverwalteten Betrieben die führende Rolle der Arbeiter, so wurden sie ideologisch bekämpft und die Betriebe unproduktiv. Propagierte Selbstverwaltung konnte auch als Selbstverwaltung der acht Republiken und autonomen Provinzen verstanden werden, das führte zu Konflikten zwischen ihnen. Ein Zusammenhang zwischen beidem entstand, weil sich die wirtschaftsstärkeren, Slowenien und Kroatien, von den Schwächeren, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien, ausgebeutet empfanden, dazu von Serbien, das die Armee dominierte, bevormundet.

So half es wenig, dass Titos Herrschaftsverhalten menschlicher wurde, dass die Jugoslawen alle Freiheiten hatten, nur nicht die Meinungsfreiheit. Und so entwickelte sich keine plurale und ökonomisch effiziente Demokratie, sondern gewalttätiger nationalistischer Staatsverfall. Das Charisma endete mit seinem Träger.

Eine andere Geschichte Syriens

Buchbesprechung zu: Lüders, Michael, Die den Sturm ernten, Wie der Westen Syrien ins Chaos stürzte, München: C.H.Beck 2017, Rheinische Post Juni 2017

Michael Lüders, Fachbuchautor mit langjährigen Erfahrungen im Mittleren Osten, hat ein Buch über das kriegerische Chaos in Syrien geschrieben. Es will aufklären und endet in ratloser Entrüstung. Schlusswort ist ein Zitat von Albert Camus: "Ich empöre mich, also sind wir." Lüders erzählt die fehlenden Teile der Geschichte vom syrischen Krieg, die in Politik und Medien kaum eine Rolle spielen. Er beginnt mit den ersten Putschversuchen der CIA in Syrien 1949. Er sieht dann, wie Hafis al Assad, Repräsentant der religiösen Minderheit der Alawiten, sich 1970 an die Macht putscht. Alawiten dominieren die Armee, Folge der französischen Protektoratspolitik. Auf sie gestützt, sichert Assad gewaltbereit seine Herrschaft; Sohn Baschar setzt das fort. Beide gewähren religiöse Toleranz.

Dieses Herrschaftssystem kommt in die Krise, als im arabischen Frühling 2011 junge Aktivisten protestieren – wegen sozialer Ungerechtigkeit, wegen Korruption, gegen den Sicherheitsapparat. Das Assad-Regime antwortet mit exzessiver Gewalt – wie seit 40 Jahren. So weitet sich der Widerstand aus, getragen von verarmten Sunniten, von Bauern, die unter Dürre leiden, vom sozialen Prekariat. Die religiösen Minderheiten und die sunnitischen Händler halten sich heraus, mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist nicht gegen Assad.

Für eine angebliche Mehrheit sprechen im "Westen" kleine Gruppen von Akteuren. Sie finden schnell politische und publizistische Unterstützung. So entsteht das Bild einer syrischen Zivilgesellschaft, die die Macht übernehmen kann und dann einen demokratischen Staat aufbaut. Lüders kommentiert richtig: "Ein historisches Beispiel für die Machübernahme einer wie auch immer verfassten Zivilgesellschaft unter Kriegsbedingungen gibt es indes nicht." Realität ist, dass diese Kräfte viel zu schwach sind. Und so dominieren als kriegsbereite Opposition Dschihadisten.

An dieser Stelle der Erzählung blendet Lüders zurück auf Dokumente der amerikanischen Politik seit Anfang der 90er Jahre. Da ist vor allem die Auffassung von Paul Wolfowitz, Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium, der nach dem ersten Golfkrieg ankündigte, mit Syrien, Irak und Iran aufzuräumen. Dokumente der Folgejahre zeigen die Umsetzung dieser Machtpolitik, die Regimewechsel als ein legitimes militärisches Mittel erachtet. Dazu gehören das Interesse an Waffenlieferungen, an Gas-Pipelines nach Europa sowie die Interessen Saudi-Arabiens gegen Alawiten und Schiiten und nicht zuletzt die Großmachtpolitik der Türkei.

Der zornige Blick auf den Westen

Buchbesprechung zu: Mishra, Pankaj, Dass Zeitalter des Zorns. Eine Geschichte der Gegenwart, Berlin: S. Fischer 2017, Rheinische Post August 2017

Pankaj Mishras 400-seitiger Essay fasziniert und produziert Ratlosigkeit. Er resümiert, die Widersprüche eines auf Minderheiten beschränkten Fortschritts seien global sichtbar geworden. Viele Hundert Millionen junge Leute sind verdammt, überflüssig zu sein. Und das nährt den Verdacht, "dass die gegenwärtige Ordnung, ob nun demokratisch oder autoritär, auf Zwang und Betrug aufgebaut ist". Die Konsequenz daraus, "die Notwendigkeit eines wahrhaft verändernden Denkens", aber wirkt hilflos.

Mishra, in Indien geboren, fügt europäischem indisches und arabisch-islamisches Wissen hinzu. Zeitlich geht er, das 20. Jahrhundert überspringend, zurück zu den Anfängen der Aufklärung in England und Frankreich. Dann fokussiert er die Reaktionen darauf, in Deutschland, Russland und Italien im 19. Jahrhundert. Diese geistes- und realgeschichtlichen Entwicklungen beeinflussen die Gegenwart, die geprägt ist durch den "gerechten Krieg des Westens", der dem "globalen Dschihad ähnelt", sowohl in seiner furchteinflößenden Gewalt als auch in seiner "vollkommenen Unfähigkeit, eine politische Ordnung zu errichten, in der Krieg und Frieden eindeutig definiert sind".

Die historischen Implikationen auf die Gegenwart schildert Mishra, und das ist faszinierend, indem er zahlreiche Gedankenbilder, Biografien, politische Ereignisse und terroristisches Handeln Einzelner verbindet, dabei zwischen unterschiedlichen Kulturen wechselt und zeitliche Unterschiede überspringt. Durchgängig sind diese Assoziationen eurozentriert, um Europa den Spiegel vorzuhalten: Folgen der Aufklärung sind technologisch-ökonomische Errungenschaften und die darauf beruhende Individualisierung weltweit. Die Defizite aber werden nicht eingestanden, im Gegenteil, es herrscht die geschichtsverdrängende Ideologisierung des Westens mit dem Krieg gegen den Terror zwecks Verteidigung westlicher demokratischer Werte, die es vor den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts so nicht gab.

Aufklärung und Reaktionen personalisiert Mishra in Voltaire, einem der Reichsten in Frankreich, und Rousseau, der arm blieb. Ihre Gegnerschaft ist die zwischen der elitären Verbindung von Unternehmertum, Wissenschaft, Intellektuellen und der Benachteiligung davon Ausgeschlossener. Rousseaus Konfliktwaffe wurde die Lebenshaltung des Ressentiments. Die Definition des Ressentiments ist die Kernbotschaft Mishras: Es ist existenziell "hinsichtlich des Seins anderer Menschen, ausgelöst durch ein intensives Gemisch aus Neid und dem Gefühl der Erniedrigung und der Ohnmacht".

Ressentiments haben Einzelne, aber auch Staaten und Völker. England und Frankreich ließen die Aufklärung in Imperialismus münden, Tocqueville rechtfertigte die Kolonialisierung Algeriens, Voltaire die Teilung Polens. Mit Napoleon schlug die europaweite Durchsetzung aufgeklärter Ziele in imperialen Krieg unter Einschluss militärterroristischer Mittel um.

Die Reaktionen waren deutscher Nationalismus mit der Feindschaft zu Frankreich als Konstituens, russisches Anderssein mit Dostojewski als literarischem, Bakunin als anarchistischem Protagonisten. So entstanden identitätsstiftende Bindungen als Antworten auf die scheiternde kosmopolitische Aufklärung. Verallgemeinernd sieht Mishra das als Ausweg, die Probleme aber liegen für ihn nur im autoritären Missbrauch, nicht in ökonomischen Mängeln und sozialen Missständen.

Dazu kommen müsste der Abschied von der Ideologisierung des Westens. Die Vereinten Nationen haben die Allgemeinheit der Menschenrechte erklärt, nicht deren "Westlichkeit". Und es darf nicht infrage gestellt werden, dass Demokratie bei allen Schwächen weniger "Zwang und Betrug" zeitigt als autoritäre Ordnungen.

Ein Schweizer Streiter für die UN

Buchbesprechung zu: Ziegler, Jean, Der schmale Grat der Hoffnung. Meine gewonnenen und verlorenen Kämpfe und die, die wir gemeinsam gewinnen werden, München: Bertelsmann 2017, Rheinische Post September 2017

Die sanfte Gewalt der Vernunft ist es, woran Jean Ziegler glaubt, ein Glaube, den er von Bertold Brecht übernimmt. Es sind die Vereinten Nationen, die diese Gewalt der Vernunft verkörpern. Dabei sieht er es als nicht so einfach an, die Vorzüge ihrer Prinzipien zu beschreiben. Er tut es und zeigt gleichzeitig ihre Fehler und ihr Versagen auf. Ihre geistig-politischen Väter waren 1941 Roosevelt und Churchill, sie projektierten die VN als Teil einer neuen friedlichen Weltordnung. Aber sie legten dabei Grundlagen für zwei ihrer prinzipiellen Schwächen. Roosevelt postulierte die gleichberechtigte Souveränität aller Staaten, Churchill hielt es für möglich, dass diese Staaten mehrheitlich in der VN-Generalversammlung gefährliche Beschlüsse treffen könnten, und bestand auf dem Vetorecht der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs – mindestens eine davon würde den VN-Prinzipien treu bleiben.

Die gleichberechtigte Souveränität aber hat sich als Schimäre erwiesen, in zwei Dimensionen, die der übermäßigen Stärke und die der hilflosen Schwäche von Staaten. Die USA als mächtigster Staat der Welt nutzen ihre Souveränität in einem imperialen Verständnis, das den Prinzipien der VN widerspricht; in Kissinger, von ihm verabscheut, sieht Ziegler den Protagonisten dieser Position. Die schwachen Staaten sind hilflos großen Mächten und auch dem Einfluss der „Klasse der Reichen“ ausgeliefert. Diese Staaten haben ihre Handlungsfähigkeit weitgehend eingebüßt, sie haben sich von den „Beutejägern des globalisierten Finanzkapitals außer Gefecht setzen lassen. So ist der Schuldendienst zum Herrschaftsinstrument des Nordens zur Unterdrückung des Südens geworden.

Die dritte prinzipielle Schwäche ist das einseitige Verständnis der Menschenrechte, wie es in ihrer Allgemeinen Erklärung von 1948 formuliert wurde, konzentriert auf Freiheit der Versammlung, der Meinung, des Gewissens, der Religion; wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte werden zu kurz erwähnt. 1993, nach der Implosion der Sowjetunion, kam es zur „Erklärung von Wien“, in der diese Menschenrechte miteinander verbunden wurden. Die USA blieben der Abstimmung dazu fern und weigern sich bis heute, sozioökonomische Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Nahrung, anzuerkennen.

Ziegler, Sozialwissenschaftler und lange Schweizer sozialdemokratischer Parlamentarier, analysiert diese Fehler aus seinen Erfahrungen als Akteur im VN-System heraus, als VN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung und als Mitglied des Beratenden Ausschusses des UN-Menschenrechtsrates. Er tut das anschaulich, ereignis- und personenbezogen, immer wertend aus seinem Engagement für die Armen des Südens heraus. Er schildert die Anfeindungen, die sich aus seiner Konsequenz ergeben haben. Weiten Raum nimmt die radikal gewechselte Einstellung Israels zu ihm ein. Als er in einem Konflikt mit Schweizer Banken, sie verklagen ihn auf Schadensersatz, für die Rechte von Juden auf ihre im Zuge der Flucht aus Nazi-Deutschland entstanden Schweizer Bankguthaben kämpft, findet er hohe Anerkennung, auch in den USA. So eingeladen nach Israel ändert sich das ins Gegenteil, als er für Nahrungsmangel von Palästinensern Israel verantwortlich macht.

Bei allen traurigen Erfahrungen sieht er Fortschritte im System der VN. Es ist der Internationale Strafgerichtshof, auch wenn bislang nur Afrikaner angeklagt wurden, dazu andere Sondergerichtshöfe der VN, erfolgreich besonders der in Ruanda. Und es ist die „Responsibility to protect“, das Recht auf humanitäre Intervention gegen Regierungen, die die Menschenrechte ihrer eigenen Bürger missachten. Sie sind eine weitere Legitimation von militärischen Interventionen der VN durch den Einsatz von „Blauhelmen“. In diesem Recht sieht er den entscheidenden Unterschied zum gescheiterten Völkerbund, dessen Geschichte er prägnant schildert, der allein durch Konsens und Dialog kollektive Sicherheit schaffen sollte.

Das Buch des 82-jährigen Ziegler ist auch ein autobiographischer Rückblick, bilanzierend was er erreicht hat und was davon über seinen Tod hinaus bleibt. Bleiben wird für ihn die Gewalt der Vernunft. Sie wird getragen von einer „planetaren Zivilgesellschaft“. Er unterscheidet sie von vielen sogenannten NGOs, die in Wahrheit alimentierte Meinungsagenten ihrer Regierungen sind und die ihn oft genug diffamiert haben. Die planetarische Zivilgesellschaft hingegen ist eine „rätselhafte Bruderschaft der Nacht, gerüstet mit den Waffen einer wiederauferstandenen UNO, sie bildet den sichtbaren Horizont einer Welt, die endlich menschlich wird“.

Die Zerbrechlichkeit des Westens

Buchbesprechung zu: Winkler, Heinrich August, Zerbricht der Westen? München: C.H.Beck 2017, Rheinische Post Oktober 2017

Der Westen ist das große Thema Winklers. Die von ihm gesehene „gegenwärtigen Krise in Europa und Amerika“, lässt ihn fragen, ob „der Westen zerbricht“. In Deutschlands „Langem Weg nach Westen“, dann in der „Geschichte des Westens“ hat er ihn erfasst als normatives Projekt „der Ideen der unveräußerlichen Menschenrechte, der Herrschaft des Rechts, der Gewaltenteilung, der Volkssouveränität und der repräsentativen Demokratie“. „Die Wühlarbeit“ dieses Projekts aber „ist noch lange nicht zu Ende“ – so letzter Satz der „Geschichte des Westens“. Winkler argumentiert fachlich geschichtspolitisch wie aktuell politisch. Dabei ist er orientiert an seiner historischen Definition und geopolitischen Abgrenzung des Westens wie am Verhältnis von Europäischer Union und Nationalstaat.

Den Westen konstituieren die Gewaltenteilungen zwischen göttlichen und irdischen Gesetzen im Wormser Konkordat von 1122 sowie zwischen fürstlicher und ständischer Gewalt in der englische Magna Charta Libertatum von 1215. Dass die erste Gewaltenteilung im Einflussbereich der oströmischen Kirche nicht stattfand, begründet die nicht-westliche Entwicklung Ost- und Südosteuropas, für Winkler die europäische „Urdifferenz“. Die mittelalterlichen Gewaltenteilungen führten 1776 zur „Declaration of Rights“ in den USA und 1789 zur „Declaration des Droits de l´homme“ in Frankreich. England hatte schon 1688 einen König gestürzt, was zu den Anfängen eines repräsentativen politischen Systems führte, und damit konnte es zusammen mit den USA und Frankreich den „Ur-Westen“ bilden. Deutschlands Ankunft im Westen erfolgte erst mit der Wiedervereinigung 1989/90. Diese Ankunft war gleichzeitig die Neubildung der deutschen Nation – allerdings in der Europäischen Union. Mit dieser Gleichzeitigkeit verbindet Winkler eine klare Positionierung für ein Europa der Nationalstaaten gegen ein supranationales. Mit dieser Prämisse ist die Währungsunion ohne politische Union eine Ursache der „gegenwärtigen Krise in Europa“, eine andere die schon 1963 erklärte Möglichkeit der Mitgliedschaft der Türkei. Dafür war eines der Motive die Zugehörigkeit des Landes im NATO-Bündnis, offenkundig ohne, dass es die normativen Ideen des Westens akzeptiert hatte. Die NATO aber bedeutete die Bindung Westeuropas an die USA, militärische Abhängigkeit eingeschlossen. Diese westliche Verbundenheit führt zur „gegenwärtigen Krise in Amerika“, personifiziert in Präsident Trump, der die NATO in Frage stellt, die US-amerikanische Nation auch über westliche Werte stellt.

Fast streng chronologisch, der täglichen Nachrichtenlektüre folgend, stellt Winkler die Krisenereignisse 2016/17 dar. Die Krise der USA soll für Winkler die Checks and Balances der Verfassung überwinden, bei der europäischen Krise folgt er seinen Prämissen. Diese aber lassen sich in Frage stellen. Ist es wirklich die europäische „Urdifferenz“, die die Politik in postkommunistischen Mitgliedsstaaten der EU bestimmt oder ist es das Nachwirken kommunistischer und

zuvor faschistischer Herrschaft? Die Orientierung slawischer Staaten wie Bulgarien und Serbien an Russland hat historisch mit der Befreiung von islamisch- osmanischer Herrschaft zu tun; dass Rumänien an Russland orientiert sei, ist hingegen schlicht falsch, auch wenn dort eine Partei regiert, die aus der kommunistischen hervorgegangen ist. Die Furcht vor muslimischer Bedrohung als Folge von Migration ist im christlich-orthodoxen Ost- und Südosteuropa eher ausgeprägter als in westeuropäischen Staaten. Wieso ist in den „westliche Urstaaten" USA und Frankreich populistischer Nationalismus wahlrelevanter als in Deutschland, das erst 1990 im Westen ankam? Vielleicht wäre es globalpolitisch im 21. Jahrhundert zielführender, die Ausbreitung normativer Ideen des Westens nicht als Ergebnisse seiner „Wühlarbeit" auszugeben – was auch als Imperialismus verstanden werden kann angesichts der Widersprüchlichkeit zwischen normativem Anspruch und Praxis des Westens-, sondern als universale Werte, normiert durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch die UN. In Europa wäre nicht einer Urdifferenz zu folgen, sondern zu fragen, wieviel generationenübergreifendes Lernen erforderlich ist für Menschen, die in totalitärer Herrschaft aufgewachsen sind, zu zivilem Widerstand bereit wie es sich 1989/90 gezeigt hat, nun aber Unterschiede im persönlichen Wohlstand der Menschen zwischen Nordwest- und Südosteuropa erfahren.

Populismus aus osteuropäischer Sicht

Buchbesprechung zu: Krastev, Ivan, Europadämmerung, Berlin: Suhrkamp 2017, Rheinische Post Januar 2018, Rheinische Post Dezember 2017

Gegenwärtige Gefährdungen der EU sind unbestreitbar. In ihrer publizierten Beurteilung überwiegt eine westeuropäische Sicht, auch geschichtsideologisch überhöht wie bei Heinrich August Winkler, der eine „Urdifferenz" zwischen West- und Osteuropa sieht, oder vorurteilsbehaftet gegenüber den osteuropäischen Staaten. Umso aufklärender ist das Essay von Ivan Krastev, geboren 1965 in Bulgarien, wissenschaftlich tätig sowohl dort wie in Österreich, wie in den USA.

Er geht von der Frage aus, ob die EU zerfallen könnte – wie das Habsburgerreich 1918, wobei historisch interessanter als der Zerfall die Analyse sei, warum dieses Reich nicht schon vorher zerfiel.

Krastev sieht Europa gespalten in links und rechts, Nord und Süd, große und kleine Staaten, solche, die mehr Europa und solche, die weniger oder gar kein Europa wollen. Dazu kommt aber die Spaltung zwischen „jenen, die Zerfall aus eigner Anschauung und jenen, die ihn nur aus Lehrbüchern kennen. Das ist der Graben zwischen denen, die den Zusammenbruch des Kommunismus (…) am eignen Leibe erfahren haben, und jenen die von solchen traumatischen Ereignissen verschont blieben." So wird ein tiefer Unterschied deutlich in der Wahrnehmung des Zusammenbruchs des Kommunismus gegenüber westeuropäischen Transformationstheoretikern, die ihn als Beglückung verstehen.

Die Gefährdungen der EU gründet in der Migration. Sie ist die „neue Revolution“, aber „keine Revolution der Massen wie im 20. Jahrhundert, sondern eine vom Exodus getriebene Revolution (…), getragen von Einzelnen (…), inspiriert nicht von ideologisch gefärbten Bildern einer strahlenden Zukunft, sondern von auf Google Maps verbreiteten Fotos vom Leben auf der anderen Seite der Grenze.“ Diese Revolution führt zu den zwei Fragen Krastevs, wie die Flüchtlingskrise die europäischen Gesellschaften verändert hat und warum die Bürger die demokratischen Eliten verachten. Antworten sieht er in der elementaren Fehldiagnose vom Ende der Geschichte, in der Krise der Linken, die den Widerspruch zwischen dem universalen Anspruch der Menschenrechte und ihre Ausübung im nationalen Kontext nicht aufzulösen vermögen. Übergreifend ist der Konflikt zwischen Globalisten und Nativisten, zwischen den „Überall“- und den „Irgendwo“-Menschen. Das ist mit Populismus verbunden, der Demokratie aus einem Instrument der Inklusion in eines des Ausschlusses macht. Populismus ist in Mitteleuropa – so ordnet Krastev die postkommunistischen EU-Mitgliedsstaaten ein – virulenter. Deren Feindseligkeit gegenüber Flüchtlingen hat drei Wurzeln. Geschichtlich ist es die Begründung der Staatlichkeit dort in ethnisch homogenen Nationen zum Ende des 19. Jahrhunderts. Demographisch wird diese nationale Identität durch die Emigration ihrer aktiveren Landsleute gefährdet, was durch Immigration verstärkt wird. Dazu kommen Paradoxien der postkommunistischen Übergangphase. Da ist die Enttäuschung über den weiteren Wohlstandsrückstand gegenüber Westeuropa, die Mitteleuropäer sehen sich als Verlierer und können die westeuropäische Erwartung von Solidarität in der Flüchtlingskrise nicht nachvollziehen. Es herrscht ein tiefes Misstrauen gegenüber den Fähigkeiten der eigenen staatlichen Institutionen, denen damit auch eine Bewältigung des Flüchtlingszustroms nicht zugetraut wird. Der EU gilt mehr Vertrauen als einem Sicherheitsnetz, das die Risikofreudigkeit der eigenen Politik dämpft, aber so entfallen Bedenken verantwortungslose Politiker zu wählen, da die EU das Schlimmste verhindert.

Den mitteleuropäischen Paradoxien stehen ein westeuropäisches und ein Brüsseler Paradoxon gegenüber. Das westeuropäische besteht vor allem in einem Politikverständnis, das zu immer neuen kurzfristigen Bewegungen führt, die aber in Bedeutungslosigkeit enden, das Brüsseler im Anspruch auf die Anerkennung seiner meritokratischen Verdienste, was aber populistische Gegenreaktionen herbeigeführt. Von den Verlierern in der gesamten EU werden so meritokratische Eliten und von ihnen akzeptierte Migranten als „Zwillinge“ gesehen.

Diese Paradoxien werden von der Zerstörungskraft von Referenden begleitet. Dabei unterscheidet Krastev eine mutige Variante, Renzis Verfassungsänderungsversuch, eine niederträchtige, das gelungene Referendum gegen den EU-Vertrag mit der Ukraine in den Niederlanden, und eine hässliche, Orbans fehlgeschlagene Abstimmung gegen die EU-Verteilung von Flüchtlingen.

Krastev hält den Erhalt der EU durchaus für möglich und wünscht ihn – „die Krisen haben mehr als die Brüsseler Kohäsionsbemühungen zu dem Gefühl beigetragen, dass wir Europäer alle Teil derselben politischen Gemeinschaft sind“. Geschichte kommt nicht zu einem Ende, sondern besteht in wechselnden Ereignissen. „Statt den Versuch zu machen, das Überleben der EU durch

eine Stärkung ihrer Legitimation zu sichern, kann die Demonstration ihrer Überlebensfähigkeit zu einer wichtigen Legitimationsquelle werden."

Wie die Deutschen sich sehen

Buchbesprechung zu: Allmendinger, Jutta, Das Land in dem wir leben wollen. Wie die Deutschen sich ihre Zukunft vorstellen, München: Pantheon Verlag 2017, Rheinische Post Januar 2018

Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, präsentiert die Ergebnisse einer bemerkenswerten Studie, die danach fragt, was das Vermächtnis der heutigen Menschen in Deutschland für kommende Generationen ist. Durchgeführt wurde die Studie 2015/16, gemeinsam von Allmendingers Wissenschaftszentrum, dem Institut für angewandte Sozialforschung infas und der Wochenzeitung DIE ZEIT, ein Beleg dafür, dass eine staatliche Forschungseinrichtung, ein privatwirtschaftliches Forschungsinstitut und eine Sachthemen bezogene Zeitung zwecks guter Informationen zusammenarbeiten können. Es wurden über 3.100 Personen von 228 Interviewern befragt, zu ihren Einstellungen zu sozialem Leben, Wohnen, Lebensstil, Berufsleben, Besitz, Liebe und Partnerschaft, Ernährung, Gesundheit, Kommunikation und Technik, mit den drei Bezügen: „Wie ist es heute?", „Wie soll es werden?", „Wie wird es sein?". Bei der Befragung – und das ist spannend innovativ für die empirische Sozialforschung –, wurden die Menschen auch mit Sinneseindrücken konfrontiert, sie konnten ihr Lebensgefühl durch Wahl zwischen vier kleinen Duftdosen bezugs Riechen, zwischen vier Oberflächen bezugs Ertasten, zwischen vier gespeicherten Rhythmen bezugs Hören ausdrücken. Dabei dokumentieren sie eine dominierende eher skeptische Gefühlslage: Über die Hälfte der Menschen will ihr heutiges Lebensgefühl weitergeben, glaubt aber nicht, dass diese Vorstellungen in der Zukunft gelebt werden, und ein Viertel wünscht, dass es anders wird als es heute ist, erwartete aber eine Zukunft, die weder ihrem heute noch ihrem Wunsch entspricht.

Die Antworten zu vier besonders wichtigen Bereichen, die das Leben prägen, zeigen dann Erwerbsarbeit mit höchster Priorität, die Wichtigkeit des Vererbens von Besitz, Offenheit für die Entwicklung der Technik und in der Liebe eine „Ode an die Vielfalt". Antworten zu Dimensionen dessen, was die Menschen unter einem guten Leben verstehen, dokumentieren die Wünsche nach Schutz des Wohlfahrtstaates und nach mehr Information zu politischen kulturellen Entwicklungen. Resümee: Sozialer Zusammenhalt und Solidarität sind den meisten Menschen enorm wichtig, die meisten haben ein hohes Interesse an Politik.

Allmendingers Bilanz der Studie ist, dass sie neue Ergebnisse erbracht hat, auf denen sich aufbauen lässt. Allgemein zeigt sie, dass die Menschen, Generationen und soziale Unterschiede übergreifend, ein gemeinsames Vermächtnis verbindet, bestehend insbesondere in Bildung und guter Arbeit sowie im solidarischen Sozialstaat. Dabei sind sie offen für Reflexion und Selbstkritik und „keine Jammerlappen".

Allmendinger konzentriert ihre Bilanz dann auf „Ungleichheit“ basierend auf „Vergleichen“.

Es besteht eine Orientierung an Ergebnisgerechtigkeit. Das bedingungslose Grundeinkommen ist entsprechend fragwürdig. Es geht den Menschen weniger um umfassende Gerechtigkeit. Allerdings ist die Bandbreite der Vergütung von Leistungen zu hoch. Insbesondere ist die Lohnersatzquote, also die Renten, zu niedrig. Gerade Ältere fühlen sich so subjektiv arm.

Die Orientierung an der Ergebnisgerechtigkeit lässt verstehen, warum es so wichtig ist, Besitz und Vermögen zu vererben. Allmendinger folgert dann, dass eine höhere Ergebnisgerechtigkeit eine Stärkung der Zugangsgerechtigkeit unabdingbar macht, das ist verbunden mit einer Kultur der Weiterbildung. Weiter ist dazu die gleichwertige Anerkennung aller Familienmodelle und die gezielte Unterstützung von Eltern erforderlich, bei Überwindung der ungleichen Verteilung der Sorge- und Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern.

Die Auswahl der Befragten berücksichtigt vielfältige Unterschiede, so Geschlecht, Alter, unterschiedliche Bildung, Divergenzen zwischen Ost und West, die Lage von Migranten. Die Auswertung der Antworten zeigt neben allen Differenzen überraschende Gemeinsamkeit.

Für den Einfluss aktueller Kommunikation ist der Vergleich der primären Befragung 2015 mit einer Nachbefragung 2016 bemerkenswert. Die dazwischen breitest kommunizierte Einwanderungsproblematik ist für das Wir-Gefühl relevant. Das hat binnen des einen Jahres abgenommen, dabei ist dieser Rückgang auf Menschen mit Migrationserfahrung zurückzuführen.

Generell zeigt der Jahresvergleich eine Zunahme von Unsicherheit durch die intensivierte Kommunikation von technologischen Veränderungen. Es stellt sich die Frage, inwieweit tatsächliche Veränderungen oder die Kommunikation darüber Einstellungen beeinflussen. Die Studie konstatiert den Wunsch nach Kontinuität und Stabilität. Wie relevant ist das für oder gegen tatsächliche Veränderungen bzw. können Veränderungen den Wunsch nach Kontinuität und Stabilität enttäuschen mit problematischen gesellschaftlichen Folgen?

Der volle Planet

Buchbesprechung zu: Von Weizsäcker, Ernst Ulrich / Wijkman, Anders, Wir sind dran. Was wir ändern müssen, wenn wir bleiben wollen. Eine neue Aufklärung für eine volle Welt. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 2017, Rheinische Post Februar 2018

Ernst Ulrich von Weizsäcker und Anders Wijkman sind die derzeitigen Ko-Präsidenten des Clubs of Rome. Zu dessen 50-jährigen Bestehen haben sie einen „großen Bericht“ veröffentlicht, verfasst mit einer Vielzahl von weiteren Autoren, überwiegend Mitglieder des Clubs. Ein Bezug ist selbstverständlich der erste Bericht an den Club „Die Grenzen des Wachstums“ aus dem Jahr 1972. Die Autoren erachten ihn als einen Schock, denn niemand habe an die Langfristfolgen des Dauerwachstums gedacht. Der andere Bezug ist der bisher einzige Bericht des Clubs selbst, „Die

erste globale Revolution“. Er ging davon aus, dass das Ende des Kalten Krieges riesige neue Chancen für eine friedliche und prosperierende Welt eröffnen würde. Diese Hoffnung sehen die Autoren getäuscht. Die Welt ist wieder in einer kritischen Lage und deshalb brauchen „wir einen Neuanfang“. Die Täuschung besteht in nicht nachhaltigen Trends in der deshalb verwirrten Welt. Unterschiedliche Krisentypen verbunden mit einem Gefühl der Hilflosigkeit sind die Ursachen. Zentral ist dabei die globale Finanzialisierung, mit der Undurchsichtigkeit der Finanzmärkte und die Klima-Herausforderung. Gegen Verwirrung hilft seit dem 17. Jahrhundert Aufklärung. Aufklärung aber steht heute vor einer veränderten Welt, begründet durch den Anstieg der Weltbevölkerung. Bei damals weniger als einer Milliarde Menschen entstand sie in einer „leeren Welt“, heute müht sie sich bei über sieben Milliarden in einer „vollen Welt“. So ist derzeitige Ära der Evolution als Anthropozän zu bezeichnen, messbar durch das Körpergewicht der Menschen und ihrer Nutztiere. Es macht 97 % des Gewichts aller lebenden Wirbeltiere auf der Erde aus. Die hohe Weltbevölkerung ist ein Faktum, aber sie beruht nicht nur auf zu hohen Geburtenzahlen, wie es das Buch beschreibt, sondern mehr auf der zunehmenden Lebenserwartung, was nicht berücksichtigt wird. Daher trifft die Notwendigkeit, die Geburtenzahlen zu reduzieren noch für Afrika zu, nicht aber für die Mehrheit der Welt. Allerdings hat diese hohe Bevölkerung die Grundlagen aufgeklärten Denkens verändert. Nach diesen Krisenanalysen im ersten Teil sucht der zweite den Weg zu einer neuen Aufklärung. Zu ihr gehören eine spirituelle Dimension und ein moralischer Standpunkt. Das finden die Autoren herausgehoben in der Enzyklika „Laudatio Si“ von Papst Franziskus, Entsprechungen zeigen sie mit Veröffentlichungen des Ökumenischen Rates der Kirchen wie in Erklärungen islamischer Institutionen. Materiell müssen sich die neue Aufklärung, neues Denken, die Überwindung der philosophischen Krise, eine andere Erzählung für eine andere Zukunft auf ökonomische Zusammenhänge konzentrieren, denn die reine Markt-lehre ist gescheitert aufgrund der philosophischen Fehler des Marktdogmas. Dabei ist die kapitalistische Entwicklung bestimmt von der technologischen Revolution, die jedoch zu Technologiemissbrauch führen kann. Die Autoren geben zu, das sie, wie das Volk, wie die Entscheidungsträger ziemlich ahnungslos sind im Hinblick darauf, was auf uns zukommt. Das gilt besonders für die künstliche Intelligenz. „Unsere Fähigkeit, die beiden zentralen biologischen und computertechnischen Informationsträger, Gene und Bytes, zu manipulieren, läuft fast zwangsläufig auf das Entstehen von Superwesen hinaus, die schließlich die Welt beherrschen.“

Der dritte Teil, eine spannende Reise zur Nachhaltigkeit, bezeichnet sich nun als optimistisch. Er stellt Erfolgsgeschichten vor wie dezentralisierte Energie, nachhaltige Agrarpolitik, zirkuläre Ressourcenströme, regenerative Urbanisierung, Kreislaufwirtschaft. Ganz wesentlich ist die Reform des Wirtschaftssystems und besonders des Finanzsektors. In einem geänderten Wirtschaftssystem sollte das Bruttoinlandsprodukt durch einen „Genuine Progress Indicator“ ersetzt werden, der ökonomische, ökologische und soziale Elemente zusammenfasst. Ihren Optimismus beziehen die Autoren auf die Zivilgesellschaft, allerdings notwendig politisch reflektiert. Beide Wissenschaftler waren auch Parlamentarier, von Weizsäcker im deutschen Bundestag,

der Niederländer Wijkman im Europäischen Parlament. Sie wissen, dass die Notwendigkeit einer öffentlichen Debatte nicht mit Ansprüchen auf direkte Entscheidungen verwechselt werden darf, denn dann stellt sich die Legitimationsfrage. Für die globale Ebene machen sie dazu Vorschläge, wie die globale Zivilgesellschaft und das UN-System zusammenwirken können. Das Buch endet mit einer Einladung, die Autoren auf ihrer spannenden Reise zu begleiten.

Linkspopuläre als neue Kraft

Buchbesprechung zu: Nölke, Andreas, Linkspopulär. Vorwärts handeln statt rückwärts denken, Frankfurt/Main: Westend Verlag 2017, Rheinische Post Mai 2018

Das Buch hat ein klares Ziel: „Die Etablierung einer machtvollen links-populären Position, die die (…) Sorgen großer Bevölkerungsschichten über die mangelnde Berücksichtigung ihrer Präferenzen – insbesondere in Bezug zu „Flüchtlingen und Europapolitik“ – in den etablierten progressiven Parteipositionen aufgreift.“ Das ist sei die kurzfristig einzige „realistische Möglichkeit für die Rückgewinnung einer breiten politischen Mehrheit für progressive Politik“ und darüber hinaus „zur Stabilisierung der Demokratie in Deutschland.“ Der Fundierung dieses Zieles dienen das Aufzeigen von Armutssituationen und Abstiegssorgen, die Folgen dieser Lage für das Wahlverhalten, die Analyse der Verluste linker Parteien, und die Darlegung politischer Ziele, um eine „linkspopulären Lücke“ zu schließen. Diese ist sei entstanden, weil im Parteienwettbewerb als zweite Dimension neben die traditionelle „Links-Rechts“- Dimension die „kosmopolitisch-kommunitaristische“ getreten ist; der Gegensatz zwischen Positionen „globalisierter Ökonomie, kultureller Liberalisierung, Regierens jenseits des Nationalstaats“ und Positionen „lokaler oder nationaler Demokratie und Solidarität“. Mit einer zweidimensionalen Darstellung verbindet Nölke beide Dimensionen: links-kosmopolitisch, rechts-kosmopolitisch und rechts-kommunitaristisch sind vertreten, es fehlt eine links-kommunitaristische Kraft. Diese Lücke ist in jüngsten Wahlergebnissen erkennbar, vor allem der Wahlverweigerung sozial Benachteiligter, der Stimmen für die rechts-kommunitaristische AFD, dem relativen Zugewinn von CDU und FDP, rechts-kosmopolitisch, und den Verlusten von SPD und Grünen, links-kosmopolitisch, vor allem, weil die SPD vorrangig nur noch die Interessen der gut verdienenden Facharbeiter, zumal in der Exportindustrie, und der akademisch gebildeten mittleren Angestellten und Beamten verträte, die sozial Schwächeren wählten halt gar nicht mehr.

Eine links-kommunitaristische Kraft wäre links-populär, nicht populistisch. „Linkspopulär ist nicht chauvinistisch, ausländerfeindlich oder rassistisch. Die linkspopuläre Verteidigung des demokratischen Nationalstaates gegen Hyperglobalisierung und EU Eingriffe ist klar von der rechtspopulistischen Hervorhebung völkischer Identitäten zu unterschieden.“ Dem entsprechen Grundprinzipien und Strategien für die Binnen- wie die europäische und internationale Politik. Konkret kann die links- kommunitaristische Position dabei hinterfragt werden: Der berechtigte Vorschlag eines binnennachfrageorientierten Umbaus der Wirtschaft zulasten des

„Exportismus“ thematisiert herrschende, damit angeblich rechts-kommunitaristisch, tatsächlich aber „nationalistische“ Ökonomie zum Schaden kosmopolitischer Gerechtigkeit. Das problematisiert das links-kommunitaristische Grundprinzip: statt „Europapolitik“ Hinwendung zum demokratischen Nationalstaat. Dessen Begründung vernachlässigt unterschiedliche Einwohnerzahlen, in der EU zwischen 80 Mio. in Deutschland und 450.000 in Luxemburg, weltweit zwischen „europäischen Zwergen“ und den Milliardennationen Indien und China. Eine gemeinsame Sprache trifft in der EU zumindest für Belgien, Estland, Lettland, Luxemburg, Rumänien und die Slowakei nicht zu.

„Flüchtlinge“ umfassen sehr unterschiedliche Migrationsgründe. EU und Personenmobilität sind konstitutiv verbunden, Migranten aus anderen Regionen der Erde haben situationsbedingte Gründe, viele wandern zurück. Generell sind die Befürchtungen der sozial Schwächeren um die Finanzierbarkeit des Sozialstaats vor allem durch den Zuzug von Migranten und damit höhere Sozialstaatseinnahmen zu überwinden. Kommunitarismus hat seine Berechtigung in Überwindung der Armutssituationen und Abstiegssorgen. Unverständnis gegenüber EU-Politik kann durch dezentrale kulturelle Vielfalt ausgeglichen werden, Bayern hat mehr Einwohner als Schweden, bei der Aufnahme der Flüchtlinge 2015 hat vor allem der Bund versagt, die meisten Länder und Kommunen waren eher übererfolgreich.

Aus der Perspektive der weniger Privilegierten überzeugend definiert sind die obersten außenpolitischen Maßgaben: Vermeidung von Kriegen und die Reduktion von Militärausgaben, nicht Verbreitung des eigenen Politik-, Wirtschafts- oder Gesellschaftsmodells, nicht Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen und Märkten, schon gar nicht die Ausdehnung des eigenen Machtbereichs – also Verteidigungsorientierung, keine militärischen Interventionen, kein „War on Terrorism“. Das aber könnte gemeinsame Außenpolitik der EU unter dem kosmopolitischen Primat der UNO sein.

Extremes Zeitalter der Philosophie

Buchbesprechung zu: Geier, Manfred, Wittgenstein und Heidegger. Die letzten Philosophen, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 2017, Rheinische Post Juli 2018

In seinem Buch über Wittgenstein und Heidegger verbindet Manfred Geier die Philosophie beider mit der geschichtlichen Zeit, in der sie lebten, sowie ihren Biographien und auch ihrer psychosomatischen Konditionalität. Zusammen erklärt das ihr praktisch-politisches Verhalten. Zwei zentrale philosophische Themen, Ethik wie Verständnis von Technik, bleiben so perspektivisch relevant. Geschichtlich festzuhalten ist ihr gemeinsames Geburtsjahr 1889, durchaus symbolisch, 1889 wurde auch Hitler geboren. Heidegger entstammte einer ländlich- kleinbürgerlichen Familie im badischen Meßkirch, Wittgenstein einer reichen Industriellenfamilie in Wien. Seine Herkunft ließ Heidegger über naturgebundene Heimat philosophieren, Wittenstein wurde zu einem ortsungebundenen Umherwanderer. Wittgenstein war depressiv vorbelastet,

drei seiner Brüder begingen Selbstmord. Heidegger ließen jugendliche Erkrankungen dem Eintritt in den Jesuitenorden und dem Theologiestudium entsagen wie auch von schwerem Kriegsdienst befreien. Heidegger lebte einen „ungezügelten Eros“ – sein Verhältnis mit der Jüdin Hanna Arendt erreichte philosophiegeschichtliche Bedeutung, Wittgenstein war homosexuell.

Der Untertitel des Buches „Die letzten Philosophen“ ordnet sie mehrfach philosophiegeschichtlich ein. Beide suchten die Tradition abendländischer Metaphysik zu überwinden, grundgelegt in ihren frühen Hauptwerke, „Sein und Zeit“ resp. „Tractatus logico-philosophicus“. Heidegger fragte nach dem Dasein des Menschen als vor jeder Metaphysik existierend, Wittgenstein reduzierte Philosophie auf die Logik der Sprache, die er von irreführendem Gebrauch zu reinigen suchte. Beide Ansätze führte sie zur Ethik, die sich für sie nicht auf Metaphysik zurückführen ließ. Der grundsätzliche Unterschied zwischen beiden liegt dabei für Geier in Wittgensteins „Ethik ohne Philosophie“ gegenüber Heideggers „Philosophie ohne Ethik“. Wittgensteins „Leben und Denken war ein ununterbrochener moralischer Kampf“, Heidegger „vollzog die Austreibung der Ethik aus der Philosophie.“ Die politische Konsequenz dieses Gegensatzes plakatiert Geier: „Heidegger wird Nazi – Wittgenstein reist in die Sowjetunion.“ Dabei zeigen die Worte „wird“ und „reist“ den Unterschied, Heidegger war von 1933 bis 1945 Mitglied der NSDAP, Wittgenstein verließ die Sowjetunion 1935 nach nur knapp vier Wochen, mit dem Eindruck, dort seine Meinung nicht äußern zu dürfen. Für beide hatte der Nationalsozialismus persönliche Folgen, Wittgenstein, nach dem Anschluss Österreichs als ¾ Jude erfasst, nahm die britische Staatsangehörigkeit an, Heidegger erhielt 1946 bis 1951 Lehrverbot, gutachterlich begründet auch durch Karl Jaspers.

Heideggers Hinwendung zum Nationalsozialismus ist erkennbar Ausfluss seiner Philosophie. Das Dasein der Menschen ist geschichtlich, und ihre Völker haben ein weltgeschichtliches Schicksal. Das bestand nun im „Versagen der geistigen Kraft des Abendlandes“, durch Orientierung „am rationalen Scharfsinn des Verstandes, an technisch verwertbaren Kenntnissen, an rechtlichen Regeln und sittlichen Werten“. Das deutsche Volk müsse sich dagegen auf das „Wesen des Seins einstimmen und ihm entschlossen entsprechen“.

Die Daseins-Bedrohung, die Machtlosigkeit des Menschen gegenüber „technischen Machenschaften“ beschrieb er nach 1951 weiter. Ausweg könnte nur Göttliches bringen.

Wittgenstein praktizierte Technik, so mit Forschungen zu Wundschocktherapie während des Zweiten Weltkriegs, so beim Entwerfen eines architektonisch anspruchsvollen Hauses für seine Schwester in Wien. Das lässt sich mit seiner personalen Ethik in Verbindung bringen, die sich an Kants kategorischer Moral orientierte. In deren Zusammenhang gehört auch Kants Definition von Aufklärung als „Auszug des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“. Der Verfasser hält es für geboten, diese auch „als selbstverschuldete Abhängigkeit von Technik“ zu verstehen, also Technik anzuwenden oder nicht anzuwenden, je, ob es ethisch oder auch so-

zial vertretbar ist. Mit diesem Verständnis wird auch Geigers Apostrophierung der „letzten Philosophen“ fragwürdig, wenn er sie damit begründet, dass gegenwärtig nicht mehr „die individuierte leidenschaftliche Begeisterung für ein Philosophieren (…) nötig zu sein“ scheint, sondern eine international vernetzte Kooperation von Fachleuten, die dazu ausgebildet sind, unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse argumentativ die Probleme zu behandeln, die es aktuell vor allem in praktisch-ethischer Hinsicht zu lösen gilt.“ Geigers Gegenüberstellung von Heidegger und Wittgenstein zeigt, dass Internationalität „völkische Verirrungen“ vermeiden kann und Ethik deren gewalttätigen Missbrauch. Beides sehen heute Philosophen, denen „individuierte Leidenschaft“ nicht von vornherein abgesprochen werden kann, um selbst Sloterdijk oder Precht exemplarisch zu nennen.

Politik in der neuen Unordnung

Buchbesprechung zu: Masala, Carlo, Weltunordnung. Die globalen Krisen und das Versagen des Westens, München: C.H.Beck 2016, Rheinische Post v. 15.08.2018, S. 21

Carlo Masala, Professor für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr, konstatiert eine „Weltunordnung“ mit „globalen Krisen“ aufgrund des „Versagens des Westens“; der Versuch, die Welt zu verwestlichen, ist gescheitert. Ausgang einer so gescheiterten Ordnung war nach Implosion der Sowjetunion die Vorstellung, der Westen und vor allem die USA, seine unipolare Führungsmacht, könnten die Welt nach ihren Vorstellungen ordnen. Tatsächlich aber gab es das Bestreben, nach maximaler Sicherheit und maximalem Wohlstand für die USA und ihre Verbündeten. Folge wurde „liberaler Imperialismus“, aus Europa in weicher Form, aus den USA in harter. Dort sahen Neokonservative wie Liberale, so Außenministerin Hillary Clinton, den Einsatz militärischer Gewalt als legitimes Instrument an. Aber „Illusionen des Westens“ scheiterten: die der Demokratisierung wurde gegenüber stärkeren Staaten, China, auch Saudi Arabien, gar nicht erst versucht; die der militärischen Interventionen waren erfolglos, in Afghanistan, im Irak in Libyen; die der Institutionalisierung globaler Politik scheiterte an der fehlenden Bereitschaft großer Mächte; die der Verrechtlichung wurde schon nicht möglich, da die USA sich ihr entziehen. Masala schrieb dies während des Präsidentschaftswahlkampfes in den USA. Damals ging es z. B. Dick Cheney darum, den amerikanischen Einflussbereich global auszudehnen und dadurch amerikanische Sicherheitsinteressen zu verfolgen. Der rhetorische Verweis auf die Vorteilhaftigkeit amerikanischer Führung „(…) diente diesem ‚Amerika-First‘-Protagonisten lediglich dazu, die eigentlichen Intentionen ihres Handelns zu kaschieren.“ Eine solche Kaschierung lässt sich dem inzwischen gewählten Präsidenten Trump kaum vorwerfen, eher ist ihm Ehrlichkeit bezüglich wie auch immer begründbarer US-amerikanischer Interessen zuzusprechen. Das kann das Ende des amerikanischen Jahrhunderts beschleunigen. Mehre aufstrebende Mächte, zunächst China und Russland, dann auch Indien, die EU oder Japan, agieren in der Welt-(Un-)Ordnung, auch wenn sie die militärische Überlegenheit der USA bei weitem

nicht erreichen. Fehlende internationale Ordnung bedeutet nun nicht notwendigerweise Chaos, nur Unberechenbarkeit, Unübersichtlichkeit, Überraschung und Nichtplanbarkeit. Es stellen sich neue Herausforderungen wie Staatsverfall, Re-nationalisierung, Migrationen, Digitalisierung. In der internationalen Politik sind dazu zwischen „willigen und fähigen" Mächten Ad-hoc Koalitionen erforderlich, wobei „kluge Politik auch mit Diktatoren verhandeln" muss; die Welt nach den „Kategorien von Gut und Böse" einzuteilen, wird keine Ordnung schaffen. Das empfiehlt Masala auch für die Außenpolitik Deutschlands.

Die Alternativen zum Westen

Buchbesprechung zu: Weidner, Stefan, Jenseits des Westens. Für ein neues kosmopolitisches Denken, München: Carl Hanser Verlag 2018, Rheinische Post v. 26.09.2018, S. 21

Die Krise des Westens wird weit verbreitet thematisiert, Nationalismus als eine Gefahr für den Westen gesehen, mit globaler Relevanz personifiziert durch Ronald Trump. Das macht Stefan Weidners Buch interessant, das nach Alternativen jenseits des Westens sucht, in kosmopolitischem Denken. Fundament ist dabei ein literaturwissenschaftlich breit ausdifferenziertes Wissen, erworben als Übersetzer, gerade auch nicht-„westlicher" Sprachen. Ideologiekritik am Westen wird mit kosmopolitischen Perspektiven verbunden. Das mündet in der Beschreibung einer Haltung, die Freiheit ermöglicht auch außerhalb jeweiliger kultureller Prägungen. Diese Freiheit aber ist nicht mit einem wertfreien „anything goes" gleichzusetzen. Denn über jedem unterschiedliche kulturelle Identitäten beschreibendem Narrativ gibt es einen Zusammenhalt, eine Überindividualität, die Transzendierung der Begrenzung von Identitäten.

Kosmopolitischem Denken steht die Selbsteinschätzung des Westens entgegen, aktuell wie geistesgeschichtlich seit Jahrhunderten. Weidner seziert, wie nach der Implosion des kommunistischen Ostens Francis Fukuyama und Samuel Huntington die Selbstüberhöhung des Westens formulierten, Fukuyama mit dem Anspruch, die Welt werde evolutiv letztlich wie der Westen werden, Huntington mit der Feststellung, alle anderen Kulturen seien dem Westen unterlegen, was sich in Konflikten konkretisieren wird. Bei Weidners Analyse sind Einzelheiten, auch Fragwürdigkeiten erhellend, auf die ein kritischer Übersetzer stößt. Fukuyamas Hinweis, dass die größte Gefahr für den Westen von rechts kommt, ist in der gängigen deutschen Übersetzung unterschlagen. Diese These hält Weidner für zwingend, da die Tendenz zum Nationalismus der Selbstverständigung des Westens immanent sei. Sie entspricht Fukuyamas Feststellung dreier menschlichen Eigenschaften, Vernunft, Begierde und Streben nach Anerkennung. Liberale Demokratien befriedigen Vernunft und Begierde, die Problematik liegt im Umgang mit Streben nach Anerkennung. Das Postulat der Gleichheit muss dem entgegenstehen; es widerspricht dem von Hegel formulierten grundlegenden Verhältnis von Herr und Knecht. In liberalen Gesellschaften kann und darf Anerkennung durch unternehmerischen Kapitalismus, extreme Hobbys

oder politische Ämter erreicht werden. Als Beispiele dafür nennt Fukuyama 1992(!) den Unternehmer Donald Trump, den Bergsteiger Reinhold Messner und den Politiker George Bush sen. Gesellschaftlich führt Streben nach Anerkennung zur Nation, die anderen Menschen, Fremden überlegen ist.

Für dieses Überlegenheitsgefühl des Westens zitiert Weidner vielfältige Autoren, von Nietzsche und Spengler über Max Weber bis Heinrich August Winkler. Dann analysiert er, wie Universalisierung durch die globale Ausbreitung des westlichen Narrativs mittels kosmopolitischer Anläufe durch andere Narrative überwunden werden kann. Das aber ist weitgehend nicht gelungen, immer wieder schlug westliches Überlegenheitsvorurteil zurück, das begann bei den Ansätzen Goethes, galt auch für Kant, drastisch für Hegel. Wo können nun Weidners „Ankünfte jenseits des Westens", also kosmopolitisches Denken liegen? Weidner artikuliert drei Ansätze. Der erste persönliche basiert auf dem sprachanalytischen Umgang mit dem Begriff der Entfremdung. Dessen Doppelbedeutung lässt sich schnell zeigen, Entfremdung kann Fremdsein meinen, oder auch Fremdheitsüberwindung. Weidner plädiert dafür, sich zu entfremden, sich bei anderen nicht fremd zu fühlen. Das basiert auf seiner frühen biographischen Erfahrung eines ersten Besuchs im islamischen Marokko. Der zweite Ansatz liegt in der Wahrnehmung der Poesie unterschiedlicher Kulturen, kosmologische Erfahrung wird so deutlich. Der dritte Ansatz ist normativ. Ungleichheit aller Art lässt sich überwinden durch das „Recht auf Recht" eines jeden Menschen. Bezogen auf örtliche Fremdheit wird so nicht ein Ort, sondern Recht zur Heimat. Dieses Postulat führt er auf Hannah Arendt zurück. Mit diesem Ansatz kommt Weidner realer internationaler Politik im Rahmen der vereinten Nationen nahe.

Integration: Streitkultur ist Leitkultur

Buchbesprechung zu: Lüders, Michael, Armageddon im Orient. Wie die Saudi-Connection den Iran ins Visier nimmt, München: C.H.Beck 2018, Rheinische Post v. 08.11.2018, D8

Michael Lüders ist als Autor politisch engagiert für die Entwicklung der arabischen Staaten, besonders der im westlichen Asien, wozu auch Israel wie der Iran gehören. Inzwischen ist er Vorsitzender der Deutsch-Arabischen-Gesellschaft, als Nachfolger Peter Scholl-Latours. Auch mit seinem neuesten Buch setzt er seine kritische Sicht auf die politischen Verhältnisse im Orient fort. Dabei konfrontiert er aktuelle Ereignisse mit längerfristigen Entwicklungen und hinterfragt so Interpretationen westlicher „Mittelost-Politik". Diese sieht er bestimmt von ökonomischen Interessen, insbesondere der USA, verbunden mit dazugehörenden innenpolitischen und unternehmerischen Verflechtungen.

Zum Armageddon könnte die machtpolitische Auseinandersetzung zwischen Saudi-Arabien und dem Iran führen, bei der Saudi-Arabien den innerislamischen Religionskonflikt zwischen Sunniten und Schiiten instrumentalisiert. Der Saudi-Clan erlangte seine Herrschaft auf der arabischen Halbinsel durch ein Bündnis mit wahhabitischen Interpreten des sunnitischen Islam,

die extrem mittelalterliche Gesellschaftsvorstellungen durchzusetzen versuchen und sich in radikaler Gegnerschaft zu Schia sehen. Ökonomisch verfestigte diese Herrschaft die Exploration von Öl seit den 1940er Jahren. Das katapultierte Saudi-Arabien in die Weltpolitik. Schon 1943 normierte Präsident Roosevelt in einer Executive Order das Interesse an diesem Öl als für die USA lebenswichtig.

Die Herrschaft der Saudi wird seit zwei Jahren durch Kronprinz Mohammad bin Salman ausgeübt, der sie mit aggressiven Machtinteressen verbindet, die er auch mit kriegerischen Mitteln durchzusetzen versucht. Dies geschieht durch Unterstützung der Assad-Gegner im Syrien und vor allem im Kampf gegen die Huti im Jemen. Die Huti-Stämme sind Zaiditen, eine schiitische Strömung, die allerdings nicht eng mit den Schiiten des Iran verbunden ist. Diese Stämme sind seit den 1960er Jahren in Machtkämpfe im Jemen verwickelt. Die Unterstützung ihrer Gegner durch Saudi-Arabien, auch durch den Wahhabismus religionsideologisch befördert, rief ihre Unterstützung durch den Iran hervor – ohne dass zuvor ein religionspolitisches Interesse bestanden hätte. Aber so gewinnt der Iran Einfluss auf der arabischen Halbinsel, wie er ihn nach der US-amerikanischen Intervention im Irak gewonnen hat.

Auch die jüngere Geschichte des Iran ist von westlichen Ölinteressen geprägt. Weil er die iranische Erdölindustrie verstaatlichen wollte, wurde 1953 der demokratisch gewählte Ministerpräsident Mossadegh durch britische und US-amerikanische Geheimdienstoperationen gestürzt, die islamische Revolution Chomeinis lässt sich als späte Antwort darauf verstehen, die wiederum die USA nicht ertrugen. So erklärt sich das Verhältnis zwischen diesen Staaten. Die Machtpolitik zwischen Saudi-Arabien und dem Iran ist mit der Interessenpolitik der USA verwickelt. Diese und damit verbundene konkrete geschäftlichen Interessen sind unter Präsident Trump offensichtlicher geworden. Waffenverkäufe der USA an die Saudis gehören dazu. Ob Trump oder sein Schwiegersohn, der enge Verbindungen zum Saudi-Clan unterhält, wissen, was sie längerfristig und für die gesamte Region des Mittleren Osten, auch in seinem Verhältnis gegenüber Europa, bewirken, mag offen bleiben.

Lüders beklagt in der westlichen Politik einerseits wohlklingende Verlautbarungen über Demokratie und Menschenrechte, andererseits militärische Gewalt um Regimewechsel herbeizuführen. So wirft er die Frage auf, ob Deutschland und andere europäische Staaten den USA dabei folgen müssen, was Großbritannien und Frankreich mit tragischen Folgen in Libyen getan haben. Lüders setzt seine Hoffnungen auf Einsichtige, die, wie er, ihre Einsichten einbringen sollten. Er hat das Buch geschrieben lange bevor der Journalisten Jamal Khashoggi im saudischen Konsulat in Istanbul ermordet wurde. Diese Rezension erfolgt in diesem zeitlichen Kontext. Lüders Sorgen finden sich bestätigt, seine Hoffnungen können an Realität gewinnen.

Die westlichen Diplomaten vertrauen zu sehr den USA

Buchbesprechung zu: Gabriel, Sigmar, Zeitenwende in der Weltpolitik, Freiburg im Breisgau 2018 (Herder) und Ischinger, Wolfgang, Welt in Gefahr, Berlin: Econ 2018, Rheinische Post v. 19.12.2018, S. 21

Die veränderten internationalen Verhältnisse in der Welt, verbunden mit dem Gefühl abnehmender Sicherheit, sind in Deutschland Thema breiter Diskussionen und politischer Auseinandersetzungen. Dazu beziehen zwei Bücher Position, das eines früheren, wenn auch nur kurzzeitigen, Bundesaußenministers, Sigmar Gabriel, und das des deutschen Spitzendiplomaten der 1990er und 2000er Jahre, Wolfgang Ischinger. „Zeitenwende in der Weltpolitik" und „Welt in Gefahr" sind die Titel. Ihre Vorschläge gelten der deutschen Außenpolitik, einer besonderen deutschen Betroffenheit geschuldet. Denn, so Ischinger: „Kaum ein anderes Land auf der Welt hat so sehr von der liberalen internationalen Lage profitiert, wie Deutschland", und noch gesteigert Gabriel: „Deutschland ist zu einem Sehnsuchtsort geworden", wobei ein „deutscher Sonderweg" zu vermeiden sei. Dabei hypostasiert Gabriel die derzeitige weltpolitische Situation: „Die kommenden Jahre werden für uns Deutsche und Europäer (…) Weichstellungen erfordern, wie sie vermutlich nur alle paar hundert Jahre zu entscheiden sind." Das wirkt wie eine Überdramatisierung der eigenen Lebenszeit im Vergleich mit den „Weichenstellungen" am Ende des Zweiten Weltkriegs: Vernichtung nationalistischen Größenwahns in Deutschland und Japan, Einsatz erster Atombomben durch die USA, die sich damit in Besitz weltpolitischer Dauerdominanz wähnten, Gründung der UNO mit Erklärung der Menschenrechte, schrittweise Dekolonialisierung Chinas, Indiens, Indochinas und Indonesiens wie Afrikas.

Der Dominanzanspruch der USA zerstob als auch die Sowjetunion atomar bewaffnet war, es folgte der kalte Krieg zwischen USA – Westen – und Sowjetunion – Osten. 1989 erlaubte es die Implosion der Sowjetunion, diesen Ost -West-Konflikt für überwunden zu halten. Ischinger sieht nun, dass deutsche Außenpolitik dem nicht entsprechen kann. Auch 2018 „(…) gibt es keinen Mittelweg zwischen West und Ost". Das verlängert deutsche Außenpolitik, die während und mit der Überwindung des Ost-West-Konflikts richtig war. Ischinger stellt dabei die Leistungen der Diplomatie heraus, an denen er für Deutschland wesentlich beteiligt war – bei wechselnden Außenministern von Genscher über Kinkel hinzu Fischer und Steinmeier. Entsprechend diesem Selbstverständnis sind für ihn, wie für Gabriel, das Verhältnis zu Russland und den USA Kern der Analyse der weltpolitischen Gefahr – denn Trump stellt das westliche Bündnis in Frage, Putin hält sich nicht an die Unantastbarkeit der staatlichen Grenzen.

Aber dieses Selbstverständnis muss Ausgang kritischer Fragen sein. Schon 1949 hat Karl Jaspers den Ost-West Gegensatz als einen Mythos aufgefasst, der bei realistischer Analyse der Wirklichkeit zerfällt. So bleibt auch offen, ob Ischinger als Osten primär Russland oder eher China versteht.

Die vollendete Dekolonialisierung erfordert einen veränderten weltpolitischen Blick, er hat den „amerikanisch-europäischen Westen“ zu einer Minderheit gemacht. Orientierung sollten die Gleichberechtigung aller Menschen sein statt ja krass unterschiedlich einwohnerstarker „National“-Staaten, und sie sollte die georäumliche Lage Europas wie jeglicher anderer Region berücksichtigen. Dem entspricht, wenn sich Ischinger und Gabriel einig sind, dass nur Europa, integriert handelnd, den Weichenstellungen entsprechen kann. Die europäischen Nationalstaaten sind es nicht, Ischinger zitiert überzeugend Paul Henry Spaak: „In Europa gibt es nur zwei Typen von Staaten: kleine Staaten und kleine Staaten, die noch nicht verstanden haben, dass sie klein sind.“ Problematisch ist, wenn die Erweiterung der EU um postkommunistische Staaten kaum erwähnt wird, deren sozialökonomische und kulturelle Integration bisher nicht gelungen ist. Für Europa, verstanden als EU, bleibt für Gabriel wie Ischinger das Bündnis mit den USA unverzichtbar. Diese Verklammerung mit den USA ist militärpolitisch begründbar, sie sind anders als die EU Atommacht, dabei konkurrieren sie mit dem nuklear hochgerüsteten Russland. Und sie verfügen über ein riesiges Militärbudget. Daraus verstehen beide die Forderung Trumps, die Militärausgaben der EU und auch Deutschlands zu steigern. Sie stellen aber nicht die Frage, ob die Höhe dieses Budgets der USA wirklich dem Weltfrieden dient, oder eher der amerikanischen Rüstungsindustrie. Diese Frage drängt sich auf, da Ischinger die deutschen Verteidigungsausgaben mit denen für Entwicklungshilfe und humanitären Hilfen verkoppelt.

Der georäumlichen Lage Europas wird Ischinger gerecht, wenn er Nachbarregionen der EU in den Blick nimmt, indem er Erfolge europäischer Politik gegenüber dem früheren Jugoslawien, und Versagen gegenüber Syrien analysiert. Bemerkenswerterweise wird aber die EU-Nachbarschaftspolitik gegenüber diesen Regionen vernachlässigt. Zu Recht stellt er fest, dass der in Syrien beabsichtigte Regime Change verantwortungslos war, es fehlt aber an einer Konzeption für die Beziehungen zu den arabischen Staaten.

Die Gleichberechtigung aller Menschen wird verfehlt, wenn Indien mit 1,4 Mrd. Menschen kaum erwähnt wird, in Afrika mit absehbar 3 Mrd. Menschen zwar viele Problem gesehen, aber keine Lösungen dargelegt werden.

Georäumliche Blindheit wird deutlich, wenn Gabriel feststellt, dass auf der globalpolitischen Landkarte Chinas Amerika nicht vorkommt. Amerika ist eben von der eurasischen Landmasse durch den Atlantik getrennt. Diese Trennung kann eine stärkere Eigenständigkeit Europas in seiner Nachbarschaftspolitik, zu den Staaten der ehemaligen Sowjetunion und denen im Mittleren Osten, begründen. Amerikanisch-europäische Interessen chinesischen gegenüberzustellen, wirkt fragwürdig. Andererseits wäre zu fragen, warum die USA gewalttätige Krisen in Zentralamerika nicht zu überwinden vermag.

Die eurasische Landmasse geht in die afrikanische über. Migration zu Fuß ist östlich des Mittelmeers möglich. Und so bündeln sich in Afrika die Interessen Chinas, Indiens und der EU, sowohl

bei der Rohstoffpolitik wie bei der Migrationspolitik und das im Interesse einer besseren sozialökonomischen Entwicklung Afrikas. Das sind globale sozialökonomische Herausforderungen, denen sich deutsche und damit europäische international Politik stellen muss. Diese Herausforderungen sind nicht neu, neu ist, dass ihre Vernachlässigung zu einem Problem geworden ist. Neu sind dagegen kommunikationstechnologische Innovationen, die auch für Sicherheitsgefährdungen instrumentalisiert werden können, vom Terrorismus über Spionage zu Wahlmanipulationen. Sie werden von beiden gesehen, Antworten erfordern wohl neuartige Expertisen.

Abschied von der Weltgesellschaft

Buchbesprechung zu: Nussbaum, Martha, Kosmopolitismus. Revision eines Ideals, wbg Theiss in Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2020, Rheinische Post, Juli 2020

Die Revision des Kosmopolitismus ist eine Titelbotschaft, die Position zu beziehen scheint gegen übernationale Politik und damit für nationalistische. Aber diese Botschaft verflüchtigt sich mit dem englischen Originaltitel, er spricht von kosmopolitischer „Tradition“ als einem „noblen“, aber „fehlerbehafteten“ Ideal.

Martha Nussbaum ist eine der einflussreichsten US-amerikanischen Philosophinnen. Ihr Lebenslauf, geprägt vom Kampf gegen die Diskriminierung von Frauen auch in der Wissenschaft, zeigt die Vielfalt ihrer wissenschaftlicher Arbeit, beginnend in der Altphilologie, und internationale Erfahrungen. Sie kennt Indien, auch als Lebenspartnerin des indischen Ökonomie-Nobelpreisträgers Amartya Sen.

Mit Sen entwickelte sie die menschenrechtliche Version des Fähigkeitsansatzes, den sie am Ende des Buches darstellt.

Dieser Ansatz betont den „Vorrang individueller Ansprüche, wobei jeder Einzelne ein Zweck an sich ist und kein bloßes Mittel zu den Zwecken anderer, der standhaften Verteidigung der moralischen Bedeutung der Nation und dem Bestehen darauf, dass der internationale Bereich ein zutiefst moralischer ist.“ Zehn zentrale menschlichen Fähigkeiten konkretisieren die Menschenrechte, es sind Leben, Körperliche Gesundheit, Körperliche Integrität, Sinn-Fantasie-Denken, Emotionen, Praktische Vernunft, Zugehörigkeit, Sorge für Tiere und Pflanzen, Spielen, Kontrolle über die eigene Umwelt durch politische Partizipation, Eigentumsrechte, faire Arbeitsbedingungen.

Die moralischen Ansprüche werden deutlich. In Bezug auf die Nation, verbietet sich „ein demagogischer Nationalismus der Form „Wir zuerst“, der in unserer Zeit nur allzu bekannt ist“.

Im Bezug zur Welt ist es ein „materialistischer globaler politischer Liberalismus“, der in allen Nationen möglich ist. Das führt zur Fehlerhaftigkeit des Kosmopolitismus: Eine internationale

Politik, die wahrhaft kosmopolitisch ist, muss auf dem Wert und der Würde empfindungsfähiger Körper basieren, nicht allein auf demjenigen der Vernunft.

Diese Fehlerhaftigkeit hat die Altphilologin über drei Viertel des Buches geistesgeschichtlich herausgearbeitet. Erster Kosmopolit war Diogenes, auch altphilologisch wenig Beschlagenen bekannt als „Diogenes in der Tonne". Er repräsentiert die kosmopolitische Tradition der stoischen Philosophie, die allen Menschen, die gleiche Würde zusprach, die zu achten die Pflicht eines jeden ist. Bedeutungslos hingegen sind materielle Güter und auch der gesellschaftliche Rang. Diogenes beweist das, indem er Alexander den Großen bittet, ihm aus der Sonne zu gehen. Die Fehlerhaftigkeit des Ideals bei den Stoikern liegt so darin, keine Pflichten zur materiellen Unterstützung der Menschenwürde zu fordern. Daraus folgt eine Zweiteilung der Pflichten, die bedeutend geblieben ist bis in das 21. Jahrhundert mit einer unterschiedlichen Beachtung von Menschenrechten der ersten Generation – Meinungs- und Versammlungsfreiheit – und denen der zweiten Generation – den sozialen und wirtschaftlichen Rechten.

Stoische Philosophen von Cicero bis Adam Smith haben sich an der Fehlerhaftigkeit des Kosmopolitismus abgearbeitet. Cicero erkannte die Pflicht zur materiellen Unterstützung, allerdings zunächst gegenüber Nahestehenden. Mit Bezug zur Familie ist das eher selbstverständlich, politisch relevant ist es mit Bezug zu besonderen Pflichten gegeben durch das Band der Sprache und der Nation. Nussbaum leitet die moralische Bedeutung der Nation letztlich von Cicero ab. Völkerrechtliche Grundlagen moralischer Politik souveräner Staaten hat während des Dreißigjährigen Krieges Hugo Grotius gelegt. Den Handel zwischen Staaten als Mittel zur Erfüllung materieller Pflichten hat dann Adam Smith, eher Moralphilosoph als Ökonom, begründet.

Ihre philosophiegeschichtlichen Einsichten und ihre moralischen Positionen wendet Nussbaum für die Beurteilung vielfältiger politischer Probleme der Gegenwart an, zumeist kritisch. Sie hat Zweifel an der Entwicklungshilfe, sieht die Schwächen internationaler Gesundheitspolitik, hält die Vereinten Nationen für „der Gleichstellung der Frauen feindlich gesonnen". Angesichts einer immer nicht fehlerfreien Welt – die potentiellen Fehler einer Nation gesteht sie zu – kann darüber diskutiert werden. Bei der Bewertung der politischer Herausforderungen und Möglichkeiten einzelner Nationen sieht Nussbaum von der geschichtlichen Entwicklung ab, wiewohl sie Smith wegen der Ablehnung des Kolonialismus würdigt. Und sie negiert global den rasanten Anstieg der Weltbevölkerung – seit den Lebzeiten von Hugo Grotius ist sie um etwa 7 Milliarden gestiegen – und sagt nationenbezogen, es geht um die institutionelle Struktur, nicht um die Bevölkerungszahl. Ein anspruchsvolles Buch – wissenschaftliche Einsichten sind vielfältig und niemals vollkommen.

Das neue Zeitalter des Menschen

Buchbesprechung zu: Bajohr, Hannes, Der Anthropos im Anthropozän, Berlin: De Gruyter 2020 und Crutzen, Paul J., Das Anthropozän, München: oekom, 2019, Rheinische Post v. 30.09.2020, S. 26

Paul J. Crutzen, Nobelpreisträger für Chemie 1995, geboren in Amsterdam, tätig vor allem am Max Planck Institut für Chemie in Mainz, intervenierte im Jahr 2000 auf einer Tagung des International Geosphere-Bioshere Programme mit dem Ausruf „Wie sind nicht länger im Holozän, wir sind im Anthropozän". Das mag zunächst für Geologen interessant gewesen sein, inzwischen hat der Begriff Anthropozän eine Debatte um den Einfluss des Menschen auf die ökologische Entwicklung der Erde ausgelöst. Die veröffentlichten Begründungen Crutzens waren bisher eher knapp, zu finden zunächst im Global Change News Letter vom Mai 2000, mit einem nur einseitigen Aufsatz, verfasst gemeinsam mit dem Biologen Eugene F. Stoermer: The „Anthropozän". Es ist das Verdienst von Michael Müller, Schlüsseltexte Crutzens herausgegeben zu haben, verbunden mit Darstellungen seines Wirkens und der politischen Bedeutung des Anthropozäns. Hier präzisiert der wiederum knappe Aufsatz „Die Geologie der Menschheit" aus dem Jahr 2011 das Anthropozän so: „Aufgrund der anthropogenen CO_2- Emissionen dürfe das Klima auf dem Planeten in den kommenden Jahrtausenden signifikant von der natürlichen Entwicklung abweichen. Insofern scheint es mir angemessen, die gegenwärtige, von Menschen geprägte geologische Epoche als „Anthropozän" zu bezeichnen." Eskalierte Effekte menschlichen Handelns auf die globale Umwelt sind auch das Wachstum der Weltbevölkerung, der pro-Kopf-Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, der methan-produzierende Rinder. Dazu kommen das Verschwinden der tropischen Regenwälder, das Aussterben von Arten, die Regulierung von Flussläufen, der Verbrauch von Süßwasser, die Fischerei, der Energieverbrach, der Ausstoß von Schwefeldioxid, Stickstoff als Dünger. „Solange es nicht zu einer globalen Katastrophe kommt – einem Meteoriteneinschlag, einem neuen Weltkrieg oder einer verheerenden Pandemie etwa – wird die Menschheit auf Jahrtausende hinaus einen maßgeblichen ökologischen Faktor darstellen." Daraus folgt für Wissenschaftler und Ingenieure eine gewaltige Aufgabe, sie müssen den Weg in ein „ökologisch nachhaltiges Management des Planeten" weisen, wozu auch „Geoengineering-Projekte" gehören. Crutzen datiert den Beginn des Anthropozäns mit der Industrialisierung im 18. Jh., andere hingegen mit dem ersten Atombombenabwurf 1945. Weitere Texte Crutzens verdeutlichen sein Wirken, so der Nobelvortrag 1995 und die Darstellung der bedeutendsten umweltpolitischen Wirkung Crutzens, der Schutz der Ozonschicht.

Es sind naturwissenschaftliche Erkenntnisse, die zur Anthropozän-Hypothese geführt haben. Geisteswissenschaftler haben damit unterschiedliche Probleme. Hannes Bajohr publiziert diese Vielfalt in „Der Anthropos im Anthropozän". Fast generell ist „der Anthropos" kulturell dekonstruiert. Es gibt unterschiedliche „Menschen" mit unterschiedlicher Bedeutung für die Erde. So gibt es Kritik an „anthropozentrischen" Allmachtphantasien, einer „Hyperzentrierung" des Menschen, an seiner Prometheus-Rolle, was sich in „Geoengineering-Projekte" zeigt. Dagegen

werden nicht menschliche Wirkmächte gesucht – ein Meteoriteneinschlag wäre allerdings auch für Crutzen ein solcher.

Dann seien nicht alle Menschen für die Klimaveränderungen verantwortlich, eher der Kapitalismus, die Reichen in den besser entwickelten Staaten. Sehr prinzipiell ist die Position, die Erde, das Leben auf ihr, seien ein sich ständig erneuernder Komplex, der die Menschen einbezieht. Der Biologe James Lovelock hat diese Gaia-Hypothese formuliert, Crutzen kritisiert sie primär naturwissenschaftlich. Zu ihren Gunsten lässt sich für den Rezensenten feststellen, dass die Stabilisierung und dann der Rückgang der Weltbevölkerung plausibel prognostiziert sind.

Menschen als moderne Nomaden

Buchbesprechung zu: Khanna, Parag, Move. Das Zeitalter der Migration, Berlin: Rowohlt 2021, Rheinische Post v. 08.09.2021, S. 26

Es dürfte wenige so wissenschaftlich und erfahrungsfundierte Experten für globale Entwicklungen geben wie Parag Khanna, geboren 1977 in Indien, aufgewachsen in Dubai, in den USA und in Deutschland, studiert an der Georgetown University in Washington und an der London School of Economics, tätig gewesen in New York, im Irak, in Afghanistan, in Kanada, Berlin und New Delhi, jetzt Professor in Singapur. Die Aufzählung dieser biographischen Stationen ist auch ein Verweis auf Länder, über die er in „Move“ schreibt.

Seine fachwissenschaftliche Grundlage ist die Humangeographie, Digitale Kommunikation eine Selbstverständlichkeit. Er erfasst weltweite zukünftige Migrationsströme als nicht überraschend. Migration ist menschlich und Mobilität damit Schicksal. Derzeit sind rund 250 Millionen Menschen Migranten, 3 % der Weltbevölkerung, prozentual wesentlich weniger als Endes des 19. Jahrhunderts, damals waren es 14 %. Die 3 % heute aber erbringen 10 % der Weltwirtschaftsleistung. Das erklärt, warum Migration zunehmen wird, wegen des internationalen Kampfes um Talente und entsprechend wegen der Suche nach gut bezahlter Arbeit und auskömmlichen Lebensverhältnissen – egal wo in der Welt.

Um diese Talente wird bei abnehmender Geburtenzahl gekämpft, die nach 1985 geborenen Generationen lassen die Weltbevölkerung perspektivisch sinken, sie sind sich in ihrem Verhalten global nahe, Khanna sieht eine globale generationelle Identität.

Entscheidender Grund für die weltweiten Migrationen aber ist die Welterwärmung, sie hat bereits stattgefunden und lässt sich nicht rückgängig machen. Die Folge sind Wanderungen nordwärts auf der nördlichen Welthalbkugel. Die von der Klimaerwärmung hauptbetroffenen Erdteile, Afrika, in einem Zustand der Unregierbarkeit, und Südamerika, der für immer „verlorene Kontinent?“ haben nicht die Alternative von besiedelbarem Land im Süden ihrer Welthalbkugel, wiewohl Khanna nach Leben in der Antarktis fragt.

Wanderungen sind globalräumlich kein Problem. Über 90 % der Landfläche der Erde sind unbewohnt, bewohnt sind meeresnahe Regionen. Die mögliche Entwicklung schildert Khanna für einzelne Bereiche der Welt. Aufnahmeländer werden Kanada und Russland sein, sie könnten fast die gesamte Agrarproduktion der Welt übernehmen. Migrationen nach Kanada ist mit denen in den USA verbunden. Schon dort ist eine Nordwärtsbewegung zu erwarten, aus dem zu warm werdenden Süden zurück in den Rost Belt im Norden. Kanada kann einen Bevölkerungsanstieg von 30 auf 100 Mio. Menschen erwarten. Dabei lassen sich dort Milliarden Bäume pflanzen, auch als Beitrag zur Eindämmung von CO_2.

In Russland sind 85 % der sibirischen Landfläche besiedel- und fruchtbar. Auch andere Regionen haben neue Perspektiven. Das Altaigebirge kann eine alpine dicht besiedelte Wintersportdestination werden. Aufnahmefähig ist Zentralasien, ein Bevölkerungsanstieg von 50 auf 300 Mio. Menschen ist möglich, vor allem in Kasachstan. Die Migranten werden überwiegend aus dem übervölkerten Indien kommen. So könnten in Russland und Zentralasien eine Milliarde Mensch leben.

Europa hat für Khanna eine Vorbildfunktion aufgrund seiner Wohlfahrtsstaatlichkeit. Auch hier wird es Nordwärtsbewegungen geben, so aus Spanien nach Skandinavien, jedenfalls im Sommer, im Winter mag es umgekehrt sein.

Am Beispiel Singapurs, das am Äquator liegt, zeigt Khanna die technologischen Möglichkeiten mit der Erderwärmung umzugehen, durch Geo-Engineering. „Die Hitze der Sonne nutzen, um zu kühlen“ ist die Strategie. Technologische Lösungen gibt es auch für den Wasserstress – Meerwasserentsalzung. Städte sind von der Erwärmung wesentlich stärker betroffen, in Dubai lässt sich lernen, was alle möglich ist. Generell können Städte ihre eigenen Nahrungsmittel produzieren.

Khanna sieht eine Welt, in der Menschen ständig in Bewegung sind, er nennt sie Quantenmenschen. Nationalistische Restriktionen und Regierungsversagen sieht er durchaus und verurteil sie: ethnische Homogenität ist eine Illusion, Nationalismus verliert den Kampf um Talente. Globale politische Regeln sind erforderlich und möglich, so ein globaler Reisepass. Zukunft der Welt ist die Zivilisation 3.0 – mobil und nachhaltig, die Menschen werden landeinwärts ziehen, in größere Höhen, in die unermesslichen Weiten des Nordens. Siedlungen könnten temporär sein. Immer mehr Menschen werden nomadisch leben, sie werden sich verteilen, doch vernetzt bleiben.

Bisher erschienen oder in Vorbereitung

1 Zöpel, Christoph, Globale Urbanisierung

2 Zöpel, Christoph, Die Zukunft von sechs Staaten mit 20 Millionen Menschen an der östlichen Adria – eine Schlüsselfrage der geopolitischen Zukunft Europas

3 Schmidt, Albert, Schwerpunkte und Meilensteine des amtlichen Naturschutzes

4 Zöpel, Christoph, Perspektiven des bulgarischen und rumänischen Parteiensystems

5 Bußmann, Ludwig, Leitbildwechsel der regionalen und sektoralen Wirtschaftsstrukturpolitik in Nordrhein-Westfalen

6 Zöpel, Christoph, Nulltarif? Wirtschaftliche und politische Fragen des Nahverkehrs, 1972

7 Zöpel, Christoph, Landesplanung in Nordrhein-Westfalen 1980–1985

8 Schmidt, Albert, Klimaveränderungen und Klimapolitik

9 Zöpel, Christoph, Buchbesprechungen für die Rheinische Post zwischen 2016 und 2021

10 Zöpel, Christoph, Preußen in Nordrhein-Westfalen

Auswahl weiterer jüngerer Veröffentlichungen der Herausgeber

Zöpel, Christoph, Bocian, Iris (Hrsg.), Im Wechsel der Zeit: Friedrich Halstenberg: Planung im Demokratischen Staat – Landesentwicklungspolitik in Nordrhein-Westfalen, Klartext Verlag Essen 2018

Zöpel, Christoph, Migration in Zeit und Raum, in: Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (Hrsg.), Vorbereitender Bericht zur Jahrestagung 2018 in Mainz, Migration als Alltag. Kulturelles Erbe und Wandel in der Planung, Berlin 2018

Zöpel, Christoph, Bilanz – Perspektiven trotz Verunsicherung, Schlussbeitrag zur DASL Jahrestagung 2017, Komplexität und Unsicherheit – Planung in Zeiten beschleunigten Wandels, in: Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (Hrsg.), STADT DENKEN 2, 2018

Zöpel, Christoph, Reicher, Christa, Polivka, Jan (Hrsg.), Raumstrategien Ruhr 2035+ Konzepte zur Entwicklung der Agglomeration Ruhr, Kettler Verlag Dortmund 2018

Zöpel, Christoph, Globale Raumentwicklung und Urbanisierung aus westeuropäischer Perspektive, in: Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (Hrsg.), Komplexität und Unsicherheit – Planung in Zeiten beschleunigten Wandels, Vorbereitender Bericht zur DASL Jahrestagung 2017 in Berlin, Berlin 2017

Zöpel, Christoph, PHOENIX in Dortmund – Sozialökonomischer Fortschritt durch ein einzigartiges Stadtentwicklungsprojekt auf dem Weg zur Metropole Ruhr, in: Nellen, Dieter, Reicher, Christa, Wilde, Ludger (Hrsg.), PHOENIX Eine neue Stadtlandschaft in Dortmund, Jovis Verlag Berlin, 2016

Zöpel, Christoph, Erhaltende Stadterneuerung: Praxis in Nordrhein-Westfalen und in der postmontanindustriellen Agglomeration Ruhr. Allgemeines Konzept räumlicher Entwicklung in der urbanisierten Welt, in: Reicher, Christa; Roters, Wolfgang (Hrsg.) (2015): Erhaltende Stadterneuerung. Ein Programm für das 21. Jahrhundert. Klartext Verlag Essen 2015

Herausgeber

KULTURRAUM GbR
Christoph Zöpel & Iris Bocian

Zu beziehen über

PDF: http://www.christoph-zoepel.de/publikationen.html

Druckfassung:

KULTURRAUM GbR
c/o Prof. Dr. Christoph Zöpel
Gebäude der BPK R. 1104
Schiffbauerdamm 40
10117 Berlin
Kultur_raum@t-online.de
0049 (0)30 20 65 48 30